

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
25. September 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zessin (Zindel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Das Ergebnis des Jenaer Parteitag. — Die sechste Konferenz der sozialdemokratischen Frauen. — Stichproben von der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft in Baden. II. Von mg. — Margaret Ethel Mac Donald + — Um das Bürgerrecht der Frau in der Gemeinde. (Schluß). — Vom Klassenkampf in Italien. Von Angelika Valabanoff.
Aus der Bewegung: Die Beteiligung der Genossinnen an den Arbeiten der Frauenkonferenz und des Parteitags. — Vom Aufstieg der proletarischen Frauenbewegung in Hamburg. Von eg. — Die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg. Von M. W. — Jahresberichte der Genossinnen in Neumünster und der sozialdemokratisch organisierten Frauen des Herzogtums Braunschweig. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Holzindustrie. Von Sk. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenzeit: Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Sittlichkeitsfrage. — Verschiedenes. — Verächtigung.

Das Ergebnis des Jenaer Parteitags.

Wenn wir den Blick rückschauend über die Erscheinungen und Eindrücke dieses Jenaer Parteitags gleiten lassen, so wird uns eins verständlich: die widerspruchsvolle Beurteilung seiner Ergebnisse in der Presse — die sozialdemokratische davon nicht ausgenommen —, das außerordentlich weitgehende Auslegungsspiel und Hoffnungsziel, das jene mit ihnen treiben, deren Sehnen auf eine „Mauerung“ der revolutionären Sozialdemokratie zu einer reformlerisch-demokratischen Schutztruppe des bürgerlichen Liberalismus gerichtet ist. Allerhand Zufälligkeiten und nebensächliches Um und Auf haben sich um die großen Richtlinien gerant, die er für Arbeit und Kampf der Partei in der nächsten Zeit gezogen hat. Und wenn diese auch trotzdem unverkennbar und unverwundbar sind, so treten sie doch in der Folge nicht auf den ersten Blick gleich scharf hervor wie die charakteristischen Züge manches vorausgegangenen sozialdemokratischen Parteitags. So ist ein gewisser Spielraum für Deutungen und Prophezeiungen offen geblieben.

Wer jedoch das Auge nicht an dem bewegten, wechselnden Bild der Momenterscheinungen, an den Formen und persönlichen Zwischenspielen des sozialdemokratischen Kriegsrats haften läßt, für den unterliegt es keinem Zweifel, daß der Jenaer Parteitag die feste Entschlossenheit der großen Mehrheit der Sozialdemokratie bekundet hat, von der alten unerschütterten grundsätzlichen Auffassung der gesellschaftlichen Entwicklung geleitet auf dem Wege der bisherigen Taktik weiterzumarschieren. Der Parteitag selbst ist auf diesem Wege wieder ein Stück vorwärts geschritten, indem seine Verhandlungen die wachsende Erkenntnis von der entscheidenden Bedeutung proletarischer Massenaktionen zum Ausdruck brachten.

Was denn war der Kern der Kritik, die an dem Verhalten des Parteivorstandes angesichts des Marokkhandels geübt wurde? Nichts anderes als die von weiten Parteikreisen erkannte Notwendigkeit, den frivol-täppischen Vorstoß des deutschen Imperialismus rasch durch eine geschlossene, imposante Massenbewegung zurückzuweisen, nichts anderes als die Unzufriedenheit darüber, daß dies nicht frühzeitig und einheitlich genug ge-

schehen war. Und war es nicht abermals das steigende Drängen nach dem Aktivmachen, Aktivwerden breiter proletarischer Massen, das den Verhandlungen über die Maiseier ihr Gepräge gab? Die so widerspruchsvollen Verhandlungen und Beschlüsse darüber, über die Maßregeln zur Unterstützung der Opfer, an denen das Ausbeutertum seine Rache dafür nimmt, schon vor der bloß demonstrativen, friedlichen Tagesmeuterei der ausgeplünderten Klasse zu zittern: haben ihren festen Ankerpunkt in der Frage nach der Zweckdienlichkeit und den Bedingungen einer Massenmanifestation. Und so sind es gerade die eifrigsten Befürworter von Massenaktionen, welche die Maiseier aus der lähmenden Verquickung mit der Unterstützungsfrage lösen wollen, der Auffassung entsprechend, daß bei einem Massenaufgebot der Proletarier jeder einzelne im vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit handeln und die Konsequenzen seines Tuns als persönliches Opfer auf sich nehmen müsse. Nur in diesem Zusammenhang gefaßt wird es verständlich, warum bei den verschiedenen Entscheidungen, die Maiseier betreffend, zum Teil „rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht“ schien, und daß, nachdem mit geringer Mehrheit die Aufhebung des Münchener Beschlusses abgelehnt worden war, mit erdrückender Majorität in namentlicher Abstimmung der Hamburger Antrag zur Annahme gelangte, der auf die Zuwiderhandlung gegen den nämlichen Beschluß den Ausschluß aus der Partei setzt.

Doch zurück zu unserem Ausgangspunkt! Eine Tatsache unterstreicht unsere Behauptung von dem fortschreitenden Verständnis für das unabweisbare Bedürfnis, den parlamentarischen Kampf der Sozialdemokratie unter bestimmten Umständen durch Massenaktionen außerhalb des Parlaments zu unterstützen. Die Teile der Parteitagberatungen, wo es um das Aufgebot der Massen ging: Maiseier und Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes, konzentrierten die höchste und leidenschaftlichste Aufmerksamkeit auf sich, entzettelten die ausgebehtesten und hitzigsten Debatten. Denn die Sozialdemokratie wäre nicht eine Partei von Kämpfern, welche die geschichtliche Stunde von auseinanderliegenden Wegen und unter verschiedenen Bedingungen zusammenführt, wenn sie ihre Marschrouten und ihre Waffen nicht unter heißem Ringen um Erkenntnisse wählen müßte. Wir sind unsererseits überzeugt, daß auch ohne das weithin sichtbare Signal formaler Beschlüsse die Truppen der Partei mit sicherem Blicke die hervorgehobene Bedeutung des Jenaer Parteitags als eines seiner wertvollsten Ergebnisse für die Orientierung ihrer Arbeit und ihres Kampfes festhalten. Die Zukunft wird uns darin recht geben, denn hinter der Erkenntnis der Menschen steht mit zwingender Gewalt die Logik der Dinge, die dem Proletariat seine geschichtlich gegebene Marschlinie und die ebenso historisch bedingten jeweiligen Kampfmittel vorschreibt.

Aber, so wendet man vielleicht ein, steht diese Beurteilung nicht im schroffen Gegensatz zu Bebel's Referat über die Marokkfrage und die Reichstagswahlen, zu den in Verbindung damit gefaßten Beschlüssen? Proletarische Massenaktionen sind Ausdruck des verschärften Klassengegensatzes zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, stellen bei uns in Deutschland die Sozial-

demokratie in schroffsten Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien. Ist die Sozialdemokratie aber nicht unter Bebel's Führung in Jena von ihrer alten grundsätzlichen Auffassung und Taktik nach rechts abgerückt? Hören wir die bürgerliche Presse aller politischen Bekenntnisse! Sie jubiliert, daß der erste, der maßgebendste Führer der Sozialdemokratie für das Deutsche Reich die Notwendigkeit zugegeben, auf friedlichem Wege Kolonialbesitz zu erwerben, daß er die Berechtigung anerkannt habe, die nationalen, wirtschaftlichen und politischen Interessen zu schützen. Sie sieht schon den Himmel voller Geigen einer gemauerten Sozialdemokratie hängen, die nicht länger grundsätzlich jede Kolonialpolitik ablehnt, sondern mit den „vernünftigen Liberalen“ zusammen eine „vernünftige“, „zahme“ Kolonialpolitik treibt. Diese bürgerliche Wertung von Bebel's Referat ist nach ihrer Meinung noch durch den Parteitag selbst unzweideutig durch die Ablehnung der Zusätze zur Resolution in der Marokkofache bekräftigt worden.

Wir bedauern zwar, daß diese Zusätze nicht zur Annahme gelangt sind, weil damit jedes Drehen und Deuteln an der sozialdemokratischen Stellung zur Kolonialpolitik unmöglich gewesen wäre. Allein wir bestreiten nachdrücklich, daß dem Votum des Parteitags die Bedeutung innewohnt, die die bürgerliche Presse aus ihm herausdestilliert. Die Ablehnung der Amendements ist in der Hauptsache durch Zusammentreffen verschiedener äußerer, nebensächlicher Umstände verschuldet worden. Nicht zum mindesten dadurch, daß in der Folge die Zusätze zu spät eingebracht wurden und nicht gedruckt vorlagen. Abgesehen sprach bei der Haltung vieler Delegierter die Abneigung gegen „lange“ Resolutionen mit und gegen die Bekräftigung dessen, was für einen Sozialdemokraten als selbstverständlich gilt. Wie wenig die erdrückende Mehrheit der Partei daran denkt, den grundsätzlichen Kampf gegen die kapitalistische Kolonialpolitik aufzugeben, bewies sinnfällig die Behandlung des Antrags Hildebrand-Maurenbrecher. Er wurde nicht einmal durch so viel Stimmen unterstützt, daß er zur Behandlung kommen konnte. Abgesehen wird die Reife der kapitalistischen Gesellschaft selbst mit eiserner Faust die Bäume der wenigen sozialistischen Kolonialschwärmer knicken, lange ehe sie in den Himmel einer gewandelten Parteistellung wachsen. Sie bewirkt, daß die Kolonialpolitik der sogenannten Kulturstaaten unmöglich ist ohne Verraubung, Ausbeutung und Knechtung barbarischer und halbbarbarischer Völker, ohne blindwütenden Rüstungswahnsinn und die Gefahr des Weltkriegs, ohne stärkere Ausplünderung und Fesselung der werktätigen Massen im Heimatland. So wird der Traum von der „sozialistischen Kolonialpolitik“ ein Traum bleiben und nicht einmal ein schöner.

Was aber Bebel's Ausführungen über die Reichstagswahlen und die Resolution dazu anbelangt, so vergesse man mehreres nicht. Wohl konzentrierte sich die Wucht des Angriffs zunächst auf das Zentrum als die Partei, die noch unaufgeklärte Arbeitermassen in ihrem Schlepptau führt, allein der Angriff erschöpfte sich nicht darin. Die nötige Abrechnung mit den Liberalen kam in den Debatten und bei Bebel's Schlusswort zu ihrem Recht, und sie wird im Wahlkampf selbst gründlicher ausfallen, als den Herren der bürgerlichen Linken lieb ist. Die Stichwahlparole selbst aber besagt nichts Neues. Sie setzt nur fest, was auch bis jetzt schon im allgemeinen die Regel gewesen ist: die Liberalen als das kleinere Übel zu behandeln. Die Wählermassen werden außerdem nicht einmal verpflichtet, unter allen Umständen sich mit diesem „kleineren Übel“ zu trösten. Die sozialdemokratischen Stimmen sollen bei der Stichwahl nur den liberalen Kandidaten zugeführt werden, die sich auf bestimmte, allerdings sehr bescheidene Forderungen verpflichten. Statt die Bescheidenheit dieser Forderungen als Annäherung der Sozialdemokratie an den bürgerlichen Liberalismus zu preisen, stünde es den liberalen Blättern besser an, sie als das zu kennzeichnen, was sie in Wirklichkeit ist: ein Dokument von dem Verfall, der Verkommenheit des deutschen Bürgertums und seiner politischen Parteien.

Aber dies und vor allem lasse man sich nicht durch Wortspielereien eine Tatsache fortganzeln, an der alle bürgerlichen Illusionen gleich Seifenblasen zerplatzen. In seinen Referaten

wie in seiner prächtigen Eröffnungsrede stürmte Genosse Bebel mit wahrhaft jugendlicher Frische und Leidenschaft auf ein Ziel zu. Es war der Nachweis, daß die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft mit der Unabwendbarkeit eines Naturgeschehens einer Katastrophe entgegengetrieben, die zum Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung führen muß. Gerade in diesem Zusammenhang auch hat er den Imperialismus und seine Rückwirkung auf die Heimatpolitik gewertet. Trotz der Gefahr eines Weltkriegs keine Aussicht auf ein Abrücken durch die bürgerliche Gesellschaft, nur ein Aufrüsten und in Verbindung damit Feuerungspreise als chronische Erscheinung: das waren die beiden Entwicklungsreihen der Dinge, die Bebel wiederholt besonders scharf und eindringlich hervorhob. Sie führen zur Massenaktion, wir mögen sie wollen oder nicht. Von dem Zusammenhang der einschlägigen Ausführungen löst sich mithin greifbar die Mahnung ab: Bereit sein ist alles! Sammeln, organisieren und schulen wir die Massen zum Kampfe gegen Hungersnot, Rüstungswahnsinn und Weltkrieg, zum Kampfe für die sozialistische Ordnung. Sorgen wir dafür, daß die Sozialdemokratie in den aufziehenden Gewittern und Katastrophen die geistige und politische Führung der Massen behält. Rüsten wir das Proletariat zum Gebrauch seiner Machtmittel und geben wir seinem Aufgebot Richtung und Ziel.

Aus dem Ernst und der Verantwortlichkeit der Situation heraus muß das Drängen großer Parteikreise nach einer stärkeren politischen Initiative des Parteivorstandes gewürdigt werden, das in einer lebhaften Kritik des Parteivorstandes zum Ausdruck kam, wie sie seit langem nicht auf sozialdemokratischen Parteitagen gehört wurde. Der künstlich konstruierte „Fall Luxemburg“ konnte die sachliche Berechtigung dieser Kritik nicht verdunkeln. Sie fand ihre offizielle Anerkennung in der Vermehrung des Parteivorstandes um zwei Sekretäre und der Einziehung einer Kommission, welche die Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission vorbereiten soll. Daß die kraftvollere politische Betätigung der Parteileitung die Sozialdemokratie nicht nach rechts hin abschwenken lassen soll, das bezeugt die Wahl des Genossen, der an des sturm-erprobten Singers Stelle mit dem Vorfuß im Parteivorstand betraut worden ist. Dieser Sinn der Wahl des Genossen Haase ist von dem revisionistischen Flügel der Partei selbst recht auffällig durch die Reden unterstrichen worden, in welchen die Genossen Legien und Ulrich die Wahl des Genossen Ebert empfahlen, wie durch die Aufrechterhaltung dieser Kandidatur trotz der ausdrücklichen Verwahrung des Genossen Ebert selbst dagegen.

Aller oft heftigen Auseinandersetzungen ungeachtet, hat der Jenaer Parteitag zahlreiche und sehr wertvolle Beschlüsse und Anregungen für die weitere Entwicklung und Betätigung der Sozialdemokratie gezeitigt. Zur rastlosen und wohl vorbereiteten Agitation unter den Frauen des werktätigen Volkes sollen hauptsächlich in nächster Zeit die wucherische Verteuerung des Lebensunterhaltes und die unberücksichtigten, dringenden Forderungen nach durchgreifendem Mutter- und Sänglingschutz ausgenutzt werden. Die Jugendbewegung ist kräftig zu fördern; die Ausgestaltung der Parteisekretariate — wo es not tut auch durch Anstellung von Genossinnen — ist angeregt worden, ebenso eine energische Agitation unter dem ländlichen Proletariat und vieles andere noch. Es fehlte zu den verschiedensten Forderungen nicht an Reden von zündender, agitatorischer Wirkung und von großem sachlichem Werte. Sie werden ihren Einfluß auf die Erweckung und Schulung der Massen nicht verfehlen. Es sei in dieser Beziehung besonders auf die Reden der Genossin Biez über Fürsorge für Mutter und Kind und die unferes Genossen Schulz über die Jugendbewegung verwiesen. Die Genossinnen haben in größerer Zahl als je zuvor in die Debatten eingegriffen, und das mit einem Verständnis und einer Gewandtheit, die ihre fortschreitende Schulung bekunden. Sie werden nicht in den letzten Reihen stehen, wenn die Sozialdemokratie daran geht, die sachlich reichen Ergebnisse des Parteitags zu Jena aus der Theorie in die Praxis umzusetzen. Arbeiten wir, rüsten wir! Der Zeiger an der Uhr der Geschichte mahnt uns: vorwärts!

Die sechste Konferenz der sozialdemokratischen Frauen.

Die Jenaer Tagung der Genossinnen war die erste, die seit dem organisatorischen Zusammenschluß der proletarischen Frauenbewegung mit der sozialdemokratischen Partei stattgefunden hat, wie ihn das Reichsvereinsgesetz möglich machte. Der innere Zusammenhang zwischen beiden Teilen der Klassenbewußten Arbeiterbewegung ist von Anfang an erstrebt, festgehalten und in steigendem Maße durchgeseht worden. Nur dadurch konnte die proletarische Frauenbewegung werden, was sie geworden ist, nur dadurch vermochte sie den Grad grundsätzlicher Klarheit, äußerer Erstarkung und praktischer Wirksamkeit zu erreichen, der sie auszeichnet. Dieser organische innere Zusammenhang zwischen ihr und der Sozialdemokratie hat auch wichtigste Vorbedingungen dafür geschaffen, daß die längst ersehnte Eingliederung der Genossinnen in die Organisationen der Partei sich als der natürliche Abschluß eines Entwicklungsganges glatt vollzogen hat, daß sie zum Ausgangspunkt eines nicht bloß ungeführten, vielmehr eines gesteigerten Aufschwunges geworden ist. Wer noch daran gezweifelt hätte, daß die gemeinsame politische Organisation von Frauen und Männern die äußere wie innere Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung gefördert hat, daß die gemeinschaftliche Arbeit der Genossinnen und Genossen in der Partei und für die Partei vermehrte Impulse und Gelegenheiten für die Schulung und Betätigung der ersteren bedeutet: der mußte durch den Verlauf der Frauenkonferenz eines anderen belehrt werden.

Schon die Zahl der Teilnehmer ließ einen Rückschluß auf die Ausdehnung und Festigung der proletarischen Frauenbewegung zu: 75 Delegierte — darunter 47 Genossinnen —, außerdem 5 Beauftragte des Parteivorstandes, die Vertreterinnen des Frauenbureaus und der Redaktion der „Gleichheit“, Genossin Hanna als Delegierte des gewerkschaftlichen Arbeiterinnensekretariats und Genossin Popp-Wien, die Mandatsträgerin der österreichischen Genossinnen und der sozialdemokratischen Partei. Aus allen Gegenden Deutschlands war die Konferenz besetzt worden. Bezirke, wo noch vor wenigen Jahren der Glaube an die Möglichkeit einer proletarischen Frauenbewegung als freundliche Illusion belächelt wurde, hatten tüchtige, arbeitsfertige Genossinnen entsendet. Die Wahl der Delegierten war ausnahmslos in Parteiversammlungen von den Genossinnen und Genossen gemeinsam erfolgt, ein Beweis für das ernste Interesse, das die Mitglieder ohne Unterschied des Geschlechts unseren Beratungen entgegenbrachten. Was schon dieses äußere Um und Auf der Frauenkonferenz hervortreten ließ, das wurde dann durch ihre Arbeiten wahrhaft erhebend für jeden bestätigt, dem die Erkenntnis in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß auch die Proletarierinnen berufen sind, am gewaltigen geschichtlichen Werke der Befreiung ihrer Klasse zielfest und aufopfernd mitzuarbeiten.

Die Eröffnungsrede der Genossin Zieh zeichnete wie ihr Geschäftsbericht sachlich und frisch ein Bild des blühenden, vorwärtsdrängenden Lebens der proletarischen Frauenbewegung. Die klare grundsätzliche Auffassung, die die Betätigung der Genossinnen beherrscht, trat dabei ebenso rühmlich in die Erscheinung, wie ihre rastlose Arbeits- und Kampfesfreudigkeit, ihre nie versagende Opferwilligkeit. Der Überblick über das Wirken der vergangenen drei Jahre eröffnete gleichzeitig anregende, ermutigende Ausblicke auf die weitere Arbeit. So wurde der Boden trefflich für die nachfolgenden Debatten vorbereitet. Auch bei ihnen ging die Rechenhaftigkeit über das Gewirkte mit der Prüfung dessen Hand in Hand, was fürderhin geschehen könne, geschehen müsse, um die proletarischen Frauen in größerer Zahl der Sozialdemokratie zuzuführen, die Ideen des weiterführenden Sozialismus immer fester in ihrem Bewußtsein zu verankern.

Nicht weniger als 21 Rednerinnen beteiligten sich an den Verhandlungen über diesen Punkt der Tagesordnung mit seinen Unterabteilungen: Agitation, sozialdemokratischer Frauentag und Kinderschulungskommissionen. Schon diese Zahl allein bezeugt den brennenden Eifer, das Pflichtgefühl der Genossinnen, tätig die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung zu fördern. Auch mehrere Genossen griffen in die Diskussion ein, um die und jene Mitteilung zu bekräftigen, die eine oder andere Anregung zu unterstützen. Jedoch waren es die Ausführungen der Genossinnen selbst, die den Ton angaben, den Charakter der Verhandlungen prägten. Es fiel dabei helles Licht auf die rührige und umsichtige Tätigkeit der Genossinnen Zieh und Waader im Frauenbureau, wie nicht minder auf die treue Arbeit der Genossinnen in allen Gegenden des Reiches. Fast durchgehend konnte von einem kameradschaftlichen Zusammenwirken der Frauen und Männer berichtet werden, womit nicht gesagt sein soll, daß nicht von da oder dort

die alten Klagen wiederkehrten, die Genossen ließen es noch an der richtigen Einsicht für die nötige Förderung der proletarischen Frauenbewegung fehlen. Die Ausführungen der Rednerinnen spiegelten die verschieden gearteten Verhältnisse wider, unter denen die Ideensaat des Sozialismus unter die proletarischen Frauenmassen gestreut wird; sie zeigten die oft weit auseinandergehenden Wege, auf denen die Genossinnen zur Erfüllung ihrer Aufgabe schreiten; sie vermittelten gerade dank dieser Umstände eine wertvolle Menge praktischer Fingerzeige und Ratschläge für die Agitation großen Stils wie die stille Kleinarbeit.

Zur Frage der Agitation wurde namentlich der Einfluß hervorgehoben, den die Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung auf das Fortschreiten unserer Bewegung ausübt, wie dies in Baden, Württemberg und einzelnen Teilen Bayerns zutage tritt. Übereinstimmend herrschte darüber, daß die Zeit der jetzigen Hungerpreise, wie sie durch die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches geschaffen, von der Dürre des Sommers auf die Spitze getrieben worden sind, der Aufklärung der proletarischen Frauen besonders dienstbar gemacht werden muß, ebenso die Prellerei um das Recht der Mütter und Säuglinge, der Witwen und Waisen, deren sich die bürgerlichen Parteien — allen voran das Zentrum — bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung schuldig gemacht haben. Die diesbezüglichen Meinungsäußerungen wurden durch die Zustimmung zu der Resolution der Berliner Genossinnen und Genossen über Mutter- und Säuglingsschutz und die Beteiligung an den Krankenkassenwahlen bekräftigt, wie durch die Annahme des Antrags der Genossin Baumann, kurz vor dem Zusammentritt des Reichstags Frauenversammlungen zu veranstalten, in denen die Proletarierinnen ihre Stimme zum Protest gegen die herrschenden Wucherpreise des Lebensbedarfs erheben und Aufklärung über das Warum des Notstands erhalten: die verbrecherische Politik der bürgerlichen Klassen. Der Parteitag ist bereits beiden Anregungen beigetreten.

Die Feststellung der außerordentlich günstigen Wirkungen, die der erste sozialdemokratische Frauentag fast allerwärts gezeigt hat, führten zu einem Antrag der Genossin Zeikin, daß die Demonstration 1912 wiederholt werden soll. Den Zeitpunkt und die näheren Umstände der Veranstaltung wird der Parteivorstand festsetzen. Die Ausführungen über das Wirken der Kinderschulungskommissionen ließen Streiflichter auf die Tiefen proletarischen Elends fallen. Sie bewiesen, daß hier ein Tätigkeitsfeld vorliegt, dem sich die Genossinnen mit größter Liebe und mit hervorragendem Verstandnis widmen. Zu ihrem Bemühen, den proletarischen Kleinen den dürftigen Schutz des Gesetzes wider die Ausbeutung wenigstens ungeschmälert zu sichern, tritt immer umfassender die Sorge, die Kinder vor Mißhandlung und Verwahrlosung zu bewahren und zu dem letzteren Zwecke vorbeugend durch die Organisation von Ferien-spaziergängen, unterhaltenden und belehrenden Zusammenkünften usw. zu wirken. Selbstverständlich wurde nachdrücklich ausgesprochen, daß mit all dieser Arbeit Hand in Hand der Kampf gehen muß für die weitere Ausgestaltung des Kinderschutzes und alle jene kommunalen Einrichtungen, welche die Sozialdemokratie als Mittel gesellschaftlicher Fürsorge für das heranwachsende Geschlecht der Werktätigen fordert. Zur Frage lagen mehrere Anträge vor. Die Konferenz erklärte sich einstimmig für die Resolution der Stuttgarter Genossinnen, die von Genossin Duncker mit Wärme und Sachkenntnis befürwortet ward, namentlich auch in dem Teil, der von der Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in den Schulen handelt. Gestrichen wurde der Schlusssatz des zweiten Passus, welcher die Genossen und Genossinnen aufforderte, der Verwendung von Kindern unter vierzehn Jahren in Partiebetrieben und insbesondere bei dem Austragen der Parteipresse unmissverständlich entgegenzutreten. Es konnte festgestellt werden, daß die Partiebetriebe sich nicht der Kinderausbeutung schuldig machen. Einstimmige Annahme fand auch der Antrag Groß-Berlins, den Kinderschulung und den Fortbildungsunterricht betreffend. Genossin Matschke hatte ihn wirkungsvoll befürwortet. Die Konferenz erhob des weiteren den Antrag zum Beschluß, der von dem Protest gegen die bevorstehende Reform des Strafrechts handelt, eine überzeugende Begründung dazu gab Genossin Zuchacz. Abgelehnt wurde der Antrag Stuttgart, die Frauenkonferenzen alljährlich tagen zu lassen, es soll bei dem jetzigen Modus bleiben.

Es wäre ein beklagenswertes Anzeichen mangelnder geistiger Selbsttätigkeit und Selbstständigkeit, wenn nicht auch Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck gekommen wären. Anknüpfungspunkte für die Agitation, die von der einen Genossin eindringlich empfohlen wurden, erfuhren von anderen Rednerinnen abweisende Kritik. Ausgaben, die an dem einen Orte dringlich erschienen, hielt man in einem anderen Sitze der Bewegung für nebensächlich. Auch

der Charakter und die Gestaltung der „Gleichheit“ waren Gegenstand einer Auseinandersetzung. Von zwei Delegierten erklang das bekannte Lied, das Niveau der „Gleichheit“ sei zu hoch. Diese Ansicht ist noch von keiner Frauenkonferenz so entschieden und vielmehr zurückgewiesen worden wie gerade in Jena, auch das ein Beweis für die gestiegene Schulung und Reife der Genossinnen.

Die Verhandlungen über den zweiten Teil des Geschäftsberichts des Frauenbureaus — über die Vese- und Diskussionsabende und die Beschwerdekommisionen — wurden durch ein kurzes orientierendes Referat von Genossin Baader eingeleitet. Auch dazu ergriffen eine stattliche Zahl von Genossinnen das Wort. Zur Frage der Beschwerdekommisionen wurde besonders hervorgehoben, daß es sich um ein Arbeitsgebiet handle, auf dem die Genossinnen nur in Gemeinschaft und unter der Führung der gewerkschaftlichen Organisationen mit vollem Nutzen wirken können. Da die Gewerkschaft die sicherste Bürgschaft für die Durchführung der geschlichen Schutzbestimmungen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sei, müsse daher über die Abstellung der Beschwerden hinaus die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen im Auge behalten werden. Genossin Hanna gab auf Grund ihrer Erfahrungen im Arbeiterinnensekretariat diesem Gedankengang besonders beweiskräftigen Ausdruck. Gegensätzliche Ansichten traten kaum zutage.

Daß dies um so mehr bei den Ausführungen über die Vese- und Diskussionsabende der Genossinnen der Fall war, lag in der Natur der Sache begründet. Im Gegensatz zu der Agitationstätigkeit, die breite Massen des weiblichen Proletariats erwecken soll, fehlt es noch an langjährigen, weitspannenden praktischen Erfahrungen für die Arbeit zur Schulung der Genossinnen. Der Zwang, in dieser Beziehung etwas tun zu müssen, der leidenschaftliche Eifer, etwas tun zu wollen, eilt nicht selten der geistigen Durchdringung und Beherrschung der vorliegenden Aufgabe voraus. Dazu kommen die in dieser Aufgabe selbst begründeten Schwierigkeiten der Lösung und in Verbindung damit die verhältnismäßig kleine Zahl gründlich durchgebildeter, pädagogisch begabter Leiter und Leiterinnen der Diskussionsabende, die den Unterrichtsstoff bewältigen und faßbar zu gestalten vermögen, statt sich von ihm überwältigen zu lassen. Fastend, experimentierend suchen die Genossinnen unter äußeren und inneren Hemmnissen aller Art ihren Weg zum Ziele. Da ist es begreiflich, daß die Meinungen noch recht bunt und wenig geklärt sind. Wir haben bereits in der letzten Nummer gezeigt, wie die einschlägigen Dinge stehen. Die Verhandlungen der Frauenkonferenz haben das deutlich widerspiegelt. Es fehlte ihnen von vornherein an einer festen, abgegrenzten Grundlage und bestimmten Richtlinien. In der Folge nahmen Darlegungen über die organisatorische Seite der Vese- und Diskussionsabende einen breiten Raum ein, und die Frage nach dem Was des Unterrichtsstoffs und dem Wie seiner Gestaltung und Verarbeitung konnte nicht so gründlich behandelt werden, als es unseres Dafürhaltens nötig gewesen wäre. Am schroffsten standen sich die Ansichten über den Lehrstoff einander gegenüber, die Beschränkung auf die Behandlung von Tagesfragen, Fraueninteressen „ohne jede Theorie“ wurden ebenso lebhaft befürwortet wie die der Einführung in die Theorie, das Vertrautmachen mit den grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie. Beschlüsse wurden naturgemäß nicht gefaßt. Trotz der ange deuteten Schwächen der Beratung ist diese nicht nutzlos gewesen. Sie wird befruchtend auf den Ausbau der Frauenleseabende wirken durch den regen Meinungsaustausch, durch die mancherlei Anregungen und Fingerzeige, die von allen Seiten gegeben worden sind. Schließlich wird auch hier das lebendige Beispiel dessen, was möglich ist, seine klärende Wirkung nicht verfehlen und das neue Bessere das alte Gute überwinden.

Das Referat über die Frauen und die Reichstagswahlen skizzierte die Situation, in der diesmal das deutsche Proletariat und die Genossinnen mit ihm in den Kampf treten, und wies auf die treibenden wirtschaftlichen, sozialen Kräfte hin, die hinter dem Schattenpiel der politischen Parteikonstellationen stehen. Die Konferenz sah von der Diskussion darüber ab. Kurz nur war die Debatte, die sich an den Vortrag der Genossin Weyl über die Frauen und die Gemeindepolitik knüpfte. Sie erbrachte noch einiges Beweismaterial, das die Gedankengänge der Referentin unterstützte, die ihr Thema mit wohlthuendem Mitgefühl für die Leiden und Bedürfnisse des Proletariats behandelte, wie mit guter Sachkenntnis des Gebiets, auf dem die Genossinnen wirken sollten. Das Referat ist vorzüglich geeignet, diese zum Denken und zum Tun anzuregen, sie im Dienste ihrer Klasse wirkend zu befähigen, deren Befreiungskampf neue Anhänger und Anhängerinnen zu werben. — Verzeichnet seien noch die beiden lebhaft applaudierten

Begrüßungsreden des Genossen Pfannkuch, der die guten Wünsche des Parteivorstandes für die Arbeit der Konferenz überbrachte, und der Genossin Popp, die in gewohnter herzlicher Weise der Solidarität zwischen den österreichischen und deutschen Genossinnen Ausdruck verlieh. — Den öffentlichen Verhandlungen der Frauenkonferenz war eine geschlossene Sitzung vorausgegangen, in der sich die Genossinnen darüber aussprachen, wie eine bessere Verbindung zwischen dem Frauenbureau und den Genossinnen herbeigeführt werden könne, ohne daß dadurch das organisatorische Gesäuge der Partei gelockert würde.

Es ist eine ansehnliche Summe von Arbeit, welche die Frauenkonferenz in fünf Sitzungen bewältigt hat. Und sie hat nicht bloß fleißige, sie hat gute Arbeit geleistet. Die Leitung der Konferenz darf ebenso ihr Verdienst daran beanspruchen, wie die an der Tagung teilnehmenden Genossinnen und Genossen, die Jeneser nicht zu vergessen, die alles aufs beste vorbereitet hatten und liebenswürdige Gastfreundschaft übten. Die proletarische Frauenbewegung marschiert, und sie marschiert rasch. Dem Eindruck kann sich niemand entziehen, der sich an dem heiligen Eifer, der Sachlichkeit und Gewandtheit erfreute, womit die Genossinnen ihr Arbeitsprogramm erlebigen. Und ist es nicht ein verheißungsvolles Zeichen für die Zukunft, daß die alten lieben Trägerinnen unserer Bewegung mit der früheren Begeisterung, aber mit neuen Kenntnissen und höherer Schulung an Werke waren, daß neben ihnen ein stattlicher Nachwuchs neuer Kämpferinnen stand, die mit Begeisterung und Ernst daran arbeiten, das weibliche Proletariat um das rote Banner des proletarischen, menschenwürdigenden Klassenkampfes zu sammeln, und die zu diesem hehren Ziele unablässig nach eigener Vervollkommnung streben? Dies kleine Parlament der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen war ein Abbild der lebendigen Mächte, die in der Masse der Enterbten tätig sind und ihre Befreiung aus eigener Kraft verkürzen. Durch die Arbeit, die es geleistet hat, und die Art, wie es dies tat, hat es die Existenzberechtigung und den Nutzen der sozialdemokratischen Frauenkonferenzen vollaus bewiesen. Die Sozialdemokratie würde eine lebendige Quelle ihr zuströmender Kraft verschließen, wollte sie einer mechanischen Gleichmacherei zuliebe auf die Veranstaltung von Frauenkonferenzen verzichten.

Stichproben von der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft in Baden.

(Aus dem Jahresbericht der Fabrikinspektion für 1910.)

II.

Die Abänderung der Arbeitsordnungen zugunsten der Arbeiterinnen vollzog sich ohne nennenswerte sachliche Schwierigkeiten. Eine Seiden Spinnererei ließ das geänderte Statut sogar in der Muttersprache ihrer Italienerinnen anschlagen; sie teilte dies anderen Fabriken mit zum Zwecke, daß man auch die Satzungen der Krankenkasse, einen Auszug aus den Unfallversicherungsvorschriften und aus der Gewerbeordnung (Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter) überall den Italienerinnen heimat Sprachlich zur Kenntnis bringen sollte. Obschon dieser Vorschlag, wie die Fabrikinspektion sagt, „bei der starken Zunahme der italienischen Arbeitskräfte, insbesondere der weiblichen, sehr zu begrüßen“ war, fand er bei dem Unternehmer keinen Anklang. Es ist eine Seltenheit, daß Arbeiterinnen einem Arbeiterausschuß angehören. Die Bedeutung dieses Instituts nimmt ab, seitdem die Lohnslaven ihre Beschwerden durch die Presse und die Organisation zu vertreten wissen.

Das Lächer säumen für Baumwolldruckereien, das bisher als Heimarbeit geschah, verschwindet infolge der Errichtung von Mähereien mit elektrisch betriebenen Maschinen, von denen eine täglich ihre 500 bis 600 Lächer säumt, während eine Heimarbeiterin in zehn Stunden nur 250 fertigte. Der Maschinenbetrieb verringert die Herstellungskosten des Fabrikanten. Einer Blusen- und Schürzenfabrik gelang es nicht, genügende Näherinnen zu bekommen. Der Verdienst während der Lehrzeit ist dort sehr knapp. Die Fabrik gewährt Prämien von 5 Mk. für die Anwerbung einer ungelernten, von 10 Mk. für die einer gelernten Arbeiterin. Die Spinnereien klagen über zunehmenden Mangel an Arbeiterinnen. Diese ziehen eine saubere, minder anstrengende Beschäftigung der Arbeit in der Spinnerie

vor. Dieser Stand der Dinge, so wurde versichert, mache die Verwendung italienischer Arbeitskräfte notwendig. In Seidenwebereien vergütet man jetzt den Arbeiterinnen das für die Eisenbahnfahrt verausgabte Fahrgehd; in anderen Betrieben bekommen die Proletarierinnen Weggelder bis zu 3 Mk. monatlich; das Konto solcher Verkehrsvergütungen beläuft sich bei einer Firma auf 5000 Mk.

Der Wöchnerinnenschutz (§ 137 Absatz 6) muß sich erst noch die allgemeine Beachtung erlärmpfen. Es beklagten sich Wöchnerinnen über die Verweigerung einer Unterstützung aus den Bezirkskrantkassen, falls sie nicht als Kranke ärztlich behandelt wurden; andere darüber, daß ihnen nur für sechs Wochen Unterstützung gewährt wird, während ihnen acht Wochen hindurch die Arbeit gesetzlich untersagt ist. Dieser Beschwerde wollte eine Firma abhelfen, wurde aber mit ihrer Satzungsänderung amtlich abgewiesen. Die Zuweisung leichter Heimarbeit an Wöchnerinnen machte die Fabrikinspektion von einem ärztlichen Gutachten abhängig. Eine Zigarrenfabrik wurde verwahrt wegen unbefugter Kürzung des Wöchnerinnengeldes und wegen der Wiedereinstellung einer Arbeiterin schon drei Wochen nach der Entbindung.

In den Konfektions- und Putzwerkstätten will sich die neue Rechtslage nur langsam klären. Die Unternehmer versuchten allerlei, um der Durchführung der neuen gesetzlichen Vorschriften zu entgehen. Schließlich müssen sie und muß sich das Publikum daran gewöhnen; die Samstagsentlastung wird schon als Wohltat empfunden. Infolge der kürzeren Arbeitszeit werden die Stundenlöhne unter besonderer Berechnung der Überstunden festgesetzt; statt dieser Berechnung trat auch hier und dort mehrwöchiger Urlaub ein. Der übliche Arbeitsverdienst anderer Berufe ist in der Putz- und Konfektionsindustrie noch nicht erreicht. Der Anfangslohn für eine fünfzehn- bis sechzehnjährige Arbeiterin beträgt in kleinen Orten 50 Pf., in größeren 60 bis 70 Pf. täglich. Im Durchschnitt bezieht eine mittlere Arbeiterin 1 bis 2 Mk. Tagelohn, und nur in wenigen ersten Ateliers größerer Städte sind Löhne von 3 bis 4 Mk., vereinzelt auch höhere Löhne anzutreffen. Dabei ist noch ein großer Teil der Arbeiterinnen nur zeitweise beschäftigt; teils werden sie zu Beginn der stillen Zeit entlassen, teils müssen sie, obwohl in Jahresstellung, vier bis acht Wochen im Jahre ohne jegliche Vergütung aussetzen, so daß sich ihr durchschnittlicher Tagesverdienst um 8 bis 15 Prozent verringert. Zahlreiche Betriebe begnügen sich mit Lehrlingmädchen, zu denen sich manchmal noch eine gering entlohnte Arbeiterin gesellt. Die Lehrlingmädchen zahlen 20 bis 100 Mk. Lehrgeld, das wegfällt, wenn eine Lehrzeit von mindestens einem Jahre ausgehalten wird. Von 353 der revidierten Betriebe der Konfektions- und Putzindustrie beschäftigen 72 (20 Prozent) ausschließlich Lehrlingmädchen. Auf je einen dieser 72 Betriebe kommen im Durchschnitt 2,2 Lehrlingmädchen, wobei die sogenannten Lehrfräulein außer Betracht bleiben, die für sich selbst arbeiten und ein ziemlich beträchtliches Lehrgeld, bis zu 20 Mk. monatlich, bezahlen. Eine Damenschneiderei beschäftigte vier Lehrlingmädchen, eine andere zwei Lehrlingmädchen und zwölf Lehrfräulein, die je 12 Mk. monatlich entrichteten, eine dritte hatte eine Arbeiterin mit 80 Pf. Tagelohn und fünf Lehrlingmädchen, eine weitere eine Arbeiterin mit 5 Mk. Wochenlohn und vier Lehrlingmädchen. Die ungünstigen Verhältnisse erzeugen in der Konfektions- und Putzindustrie wachsenden Mangel an geschulten Arbeiterinnen. Unter Leitung der wissenschaftlichen Hilfsarbeiterin in der badischen Fabrikinspektion gehen in allen beteiligten Kreisen Verhandlungen vor sich, um für das Lehrverhältnis feste Normen herbeizuführen. Sehr viel wurde die Inspektion in Anspruch genommen, um für die Arbeitskräfte beider Erwerbszweige menschenwürdige Arbeitsräume zu erzwingen; es werden geradezu empörende Zustände geschildert; musterhafte Einrichtungen wurden in Mannheim angetroffen.

In kleinen Städten mußten Lehrlingmädchen bis zur Mitternacht arbeiten, Jugendliche täglich zehn Stunden, zuweilen ohne Vormittagspausen. Wegen der Unkenntnis des Gesetzes unterblieb die Strafverfolgung. In einem Falle der Gesetzesüber-

tretung erhielt eine Ausbeuterin eine Geldstrafe von 30 Mk., zur gleichen Strafe wurde der Inhaber eines Warenhauses verurteilt, der bis 12 Uhr nachts arbeiten ließ.

Daß diese milden Bußen das Unternehmertum nicht abschrecken, geht aus den im Bericht angeführten Tatsachen hervor. Schöffengerichte und Strafkammern ermuntern mit ihren Freisprechungen und laxen Bestrafungen ungewollt das Ausbeutertum zu Umgehungen der gesetzlichen Vorschriften des bescheidenen Arbeiterinnenschutzes, der heute nicht einmal verhindern kann, daß Konfektionsarbeiterinnen am Sonntag gezwungen werden können, im Geschäft zur Vornahme von Änderungen anwesend zu sein.

Auch das hygienische Kapitel des Berichtes überzeugt uns von den Gefahren, von den Opfern an Gesundheit und Lebenskraft, die von der Ausbeutung über die Arbeiterinnen gebracht werden. Wenn gegen früher manches besser geworden ist, so gebührt der Dank dafür nur dem unerbittlichen Kampfe der politisch und gewerkschaftlich organisierten Massen und der von ihrer Presse wie ihren parlamentarischen Vorstehern geübten Kritik. mg.

Margaret Ethel Mac Donald †

Der Tod schreitet heuer musternd die Reihen der sozialistischen Vorkämpfer des Weltproletariats ab. Er entführt ihnen nicht nur die Betagten, hinter denen ein reiches, glänzend erfülltes Lebenswerk liegt. Er entreißt ihnen auch Frauen und Männer, die kaum auf die Höhe ihrer Reife und ihres Schaffens gelangt, den arbeits- und hoffnungsfreudigen Blick nach vorwärts fliegen ließen, über weite Gefilde der Betätigung im Dienste der ausgebeuteten Massen. Es ist, als erpähle er jeden kleinen Niß in der Rüstung körperlicher Kraft unserer Tapferen und entsende durch ihn den tödlichen Speer. Solcherart tückisch, unerwartet hat der Tod unsere englische Genossin Mac Donald auf der Mitte ihres Lebenswegs gefaßt, trotz fruchtbarer, aufopfernden Wirkens keine Müde, Ruheverlangende, sondern umgekehrt eine Arbeitsfrohe, eine Kampfsende. Am 8. September ist sie, 41jährig, in London einem Leiden erlegen, das vor einigen Monaten nach der Geburt eines Töchterchens austrat. Was Genossin Mac Donald persönlich gewesen, was sie dem Proletariat ihres Heimatlandes, namentlich aber den Arbeiterinnen, gegeben und darüber hinaus dem Befreiungswerk des Weltproletariats, das zeigt überzeugender als anerkennende Worte ein kurzer Überblick über ihren Entwicklungsgang und ihre Leistungen.

Die bürgerliche Ordnung hatte unserer Genossin geschenkt, was sie ihren Lieblingen zu geben vermag. Gerechtigkeit, soziale Stellung, Erziehung schienen sie dazu bestimmt zu haben, auf den sonnenbeglänzten Höhen der kapitalistischen Gesellschaft zu wandeln. Allein ihr war außer den sozialen Vorteilen und Vorrechten der Besitzenden noch anderes als Erbgut zugefallen: ein klarer Blick, der durch die Oberfläche der Dinge hindurch ihr Wesen suchte, und ein warmes, mitsühlendes Herz, das mit den Weinenden weinte und mit den Fröhlichen sich freute. So vertauschte Genossin Mac Donald den leichten Genuß der oberen Zehntausend mit der ernsten, strengen Arbeit und schuf sich einen ausgebeuteten Wirkungskreis unter den Enterbten und für die Enterbten.

Am 20. Juli 1870 geboren, entstammte sie mütterlicherseits der Aristokratie ihres Landes, väterlicherseits der angesehenen Familie Gladstone. Der berühmte englische liberale Staatsmann dieses Namens war ein Vetter ihres Vaters, dessen eigene politische und soziale Ideale jedoch über die Ziele des Liberalismus seines Verwandten hinausgingen. Professor Gladstone war ein aufrechter bürgerlicher Radikaler, ein wohlbekannter Philanthrop, der insbesondere auf dem Gebiet der Volksbildung wirkte und als Mitglied des Londoner Schulrats rastlos für Reformen kämpfte. Von ihm erbt Margaret die unerschütterliche demokratische Gesinnung, das Gefühl der Mitverantwortlichkeit für die sozialen Geschehnisse und Zustände und den unwiderstehlichen Drang, für andere zu wirken. Das junge Mädchen wurde früh zur verständnisvollen Mitarbeiterin des Vaters bei seiner sozialen Reformarbeit und zu einer tätigen Parteigängerin der Linksliberalen.

Die Schärfe und Konsequenz ihres Denkens trieben jedoch Margaret bald über die Auffassungen und Ziele des Vaters hinaus. Bei der Wohlfahrtspflege unter den Armen der Armen im Dittende Londons und anderen Stätten des Glends lernte sie die Abgründe der wirtschaftlichen Not, des geistigen und sittlichen Jammers kennen, welche dicht neben den sonnigen Höhen des Reichtums und der

Kultur in der bürgerlichen Gesellschaft gähnen. Und zwingend wuchs in ihr die Überzeugung groß: hier hilft kein persönliches Wohltun — so wertvoll es unter Umständen sein kann —, hier hilft auch keine soziale Reform — so unerlässlich sie in der Gegenwart ist: es bedarf einer grundlegenden Umgestaltung des Gesellschaftslebens selbst, um mit der Ausbeutung und Beherrschung des Menschen durch den Menschen die Wurzel aller sozialen Übel auszurotten. So kam Margaret Gladstone zum Sozialismus, und sie gab sich ihm ganz und für immer. 1895 bekannte sie sich offen durch ihren Beitritt zur Unabhängigen Arbeiterpartei als Sozialistin, nicht ohne daß dadurch das Band mancher alten lieben Freundschaft zerrissen wurde. Das geschah in einer Zeit, wo die sozialistische Bewegung in England weder Würden noch Vorteile zu vergeben hatte, sondern nur Arbeit, mühevoll Arbeit, Opfer ohne Zahl forderte, wo die Unabhängige Arbeiterpartei ein verspotteter und nicht ein angesehenen Faktor im öffentlichen Leben war. Das muß unserer verstorbenen Genossin unvergessen bleiben. Sie schuf sich nun ihr eigenes Leben, ein Leben, ausgefüllt von rastloser, ruhiger Arbeit, das ihr über die Befriedigung erfüllter Überzeugung hinaus ein großes Glück schenkte. Ihr Wirken führte sie mit dem Genossen Ramsay Mac Donald zusammen, mit dem sie sich 1896 vermählte, und die feste, hohe Ideen- und Arbeitsgemeinschaft dieser Ehe ist für beide von außerordentlich fördernder Bedeutung gewesen.

Die Gabe der Rede war unserer Genossin verlag, die junge Sozialistin konnte nicht ausziehen, den Armen das Evangelium ihrer Erlösung durch den Sozialismus zu predigen. Es war auch nicht ihre Art, im Streite der Geister um theoretische Erkenntnisse zu ringen, die den Weg des kämpfenden Proletariats erhellen und ihm seine Ziele weisen. Genossin Mac Donald ist zeit ihres Lebens eine Gefühlssozialistin englischen Schlages geblieben, und die geschichtlichen Begriffe der Klassegegensätze und Klassenkämpfe sind ihr letzten Endes immer harte, unkluge Worte gewesen, die ihrem Herzen weh taten, das keinen anderen Maßstab kannte, als den der eigenen Güte und daher statt der Klasse und ihren historischen Daseinsbedingungen nur den einzelnen mit seinem Wert oder Unwert sah. Wer die schlichte, grundgütige Frau und ihr aufreibendes Wirken für das Wohl der arbeitenden Massen gekannt hat, ihren Lebensgang und die Umstände, unter denen sich in England die sozialistische Bewegung entwickelt: der begreift, daß sie den Weg zum wissenschaftlichen Sozialismus nicht finden konnte. Ihre Art und ihre Stärke, dem Sozialismus die Wege zu ebneten, war die unablässige Arbeit zur Verbesserung des Loses der Enterbten als Mittel, diese zu befähigen, das Werk ihrer Befreiung selbst in die Hand zu nehmen. Namentlich waren es die Arbeiterinnen, die erwerbstätigen Frauen, für deren Erweckung und Hebung Genossin Mac Donald wirkte und kämpfte. Wo es um Reformen zu ihren Gunsten ging, wo es Arbeiterinnen zu organisieren galt, wo Lohnsklavinnen sich gegen ihre Ausbeutung wehrten: da stand unsere Genossin als der Tätigsten eine auf dem Plan.

In den neunziger Jahren zogen die entsetzlichen Zustände in der Heimindustrie ihre Aufmerksamkeit auf sich, und so nahm sie einen tätigen Anteil an der ersten Enquete, die in diese Hölle hineinleuchtete, wie an vielen ähnlichen Erhebungen in der Provinz. Die Ergebnisse ihrer Forschungen behandelte sie in Artikeln und Flugschriften, bestimmte, das öffentliche Gewissen aufzuwecken und die Gesetzgebung zum Einschreiten gegen das Heimarbeiterelend zu veranlassen. Dem Komitee, das die Londoner Heimarbeiterausstellung von 1906 organisierte, gehörte sie als Mitglied an. Ihre Tätigkeit hat zweifelsohne dazu beigetragen, daß das Gesetz zur Regelung der Heimindustrie zustande gekommen ist, welches unter anderem Mindestlöhne und Lohnämter für bestimmte Kategorien der Heimarbeiter vorschreibt.

In der „Nationalen Union der Arbeiterinnen“, die der „Britischen Vereinigung für internationale Arbeiterschutzesetzgebung“ angegliedert ist, entfaltete Genossin Mac Donald eine rührige Tätigkeit. Ebenso bei der Einrichtung und Inspektion der Werkstätten für arbeitslose Frauen, die gemäß des Gesetzes von 1895 über die Arbeitslosen geschaffen wurden. Ihrem Wirken kommt ein großer, verdienstvoller Anteil an der Errichtung der ersten Gewerbeschulen für Frauen in London zu. Sie zählte zu den Begründerinnen des „Komitees zum Schutze erwerbstätiger Kinder“ und war zweite Vorsitzende des „Nationalverbandes der Klubs lediger Arbeiterinnen“ (Girl's Clubs). Als sich führende Gewerkschafterinnen, Sozialistinnen und bürgerliche Reformerrinnen in der „Women's Industrial Council“ (Frauenarbeitsrat) zusammenschlossen, war Genossin Mac Donald unter ihnen und wurde eine der eifrigsten Förderinnen der Vereinigung. Lange führte sie in ihrem Auftrag die Korrespondenz mit ausländischen Frauenorganisationen. Auch durch Erhebungen unterstützte sie erfolgreich den „Frauenrat“, so über die Wirkungen

des Verbots des Trucksystems, über die Lage der Kellnerinnen, der Wäscherinnen, der Handelsangestellten, Straßenhändlerinnen usw.

Jahre hindurch war der unerfüllte Traum ihres Lebens, die Arbeiterinnen in einer großen Organisation zusammenzufassen und durch diese zu tätigen Kräften des politischen, des sozialen Befreiungskampfes ihrer Klasse zu machen. Und dieser Traum gewann trotz aller Hindernisse 1906 Gestalt durch die Gründung der „Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen“. Wir haben in der „Gleichheit“ wiederholt so ausführlich über diese Organisation — einem Flügel der Arbeiterpartei — berichtet, daß wir heute nur hinzuzufügen brauchen: ihr Aufschwung, ihr verdienstliches Wirken ist ganz wesentlich der treuen Arbeit der verstorbenen Führerin zu danken. Auch in der „Liga“ maß Genossin Mac Donald der Pflege des Bewußtseins der internationalen Solidarität aller Ausgebeuteten eine große Bedeutung bei. Sie scheute weder Mühen noch Opfer, um für die Organisation internationale Beziehungen anzuknüpfen und zu unterhalten, und die Gründung des „Internationalen Sozialistischen Frauenrats“ in London wäre ohne ihren Eifer undenkbar. An den Internationalen Sozialistischen Kongressen und Frauenkonferenzen zu Stuttgart und Kopenhagen nahm Genossin Mac Donald tätigen Anteil. Eine ihrer Haupt Sorgen war, den selbständigen Sozialistinnen die Haltung einiger Führer und Führerinnen der Unabhängigen Arbeiterpartei in Sachen des beschränkten Frauenwahlrechts verständlich und damit entschuldigbar zu machen. Die Verurteilung dieser Haltung oder richtiger die Ablehnung des Standpunktes, der ihr zugrunde lag, ist zumal in Kopenhagen nicht ohne Wirkung auf sie geblieben. Mit aufrichtiger Befriedigung meldete sie uns, daß die letzte Jahreskonferenz der „Liga“ das Eintreten für ein beschränktes Frauenwahlrecht auch als Übergangemaßregel abgelehnt und sich unzweideutig auf den Boden der Forderung des allgemeinen Wahlrechts aller Großjährigen gestellt habe. Denn Margaret Mac Donald selbst empfand und dachte viel zu demokratisch, um an der Begünstigung des Damenwahlrechts Freude zu haben, sie hatte jedoch geglaubt, es als bittere Vorfrucht des allgemeinen Bürgerrechts in den Kauf nehmen zu müssen.

Neben ihrer umfassenden politischen und sozialen Betätigung fand Genossin Mac Donald Zeit und Kraft, ihren Gatten nach beendetem Burenkrieg nach Südafrika zu begleiten, wo sie sofort daran ging, das harte Los der hilfsbedürftigen Frauen zu erleichtern. Sie war ebenso Mac Donalds helfende Gefährtin bei seinen Studienreisen nach Indien, Australien und Kanada. Ihr Haus war ein Mittelpunkt geistigen Lebens, das Neudeavour von Männern und Frauen, die an der Erneuerung der Gesellschaft arbeiteten. Sechs Kindern, an denen sie mit tiefer Zärtlichkeit hing, war sie eine fürsorgliche Mutter im schönsten Sinne des Wortes. Ihre Freunde schätzten in ihr die jederzeit zuverlässige Beraterin und Helferin, Hunderten Unbekannter hat sie eine stützende Hand geboten.

Es ist ein ungemein reiches, ein in der Fülle von Arbeit, im Dienste einer großen Sache glückliches Leben, das vor uns steht, eine Bestätigung des Dichtervortes: „Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken.“ Die höheren Zwecke, die Margaret Mac Donalds Leben den tiefsten Gehalt gegeben, wurden zum unerlöschlichen Born, aus dem unserer Genossin immer wieder neue wirkende Kräfte quollen. Mit Tausenden beklagen wir, daß die sozialistische Bewegung Englands, daß unsere junge sozialistische Fraueninternationale eine ihrer besten Vorkämpferinnen so früh verloren. Aber auch in unserem aufrichtigen Schmerz gedenken wir mit stolzer Freude, daß dieses reiche, ideale Leben gewesen ist, und daß es ganz dem Sozialismus gehört hat.

Um das Bürgerrecht der Frau in der Gemeinde.

(Schluß.)

Wir leugnen nicht den Knix, den die Fortschrittliche Volkspartei mit ihren Forderungen und deren Begründung vor dem Bürgerrecht der Frau in der Gemeinde gemacht hat. Allein die Proletarierinnen dürfen über der leeren Höflichkeitsformel vor dem Rechte nicht die gabengefüllte Hand übersehen, welche die bürgerliche Demokratie dem Besitz entgegenstreckte. Gerade weil es sich letzten Endes um ein neues Vorrecht für den Besitz handelte, erklärten sich ja die Nationalliberalen nicht abgeneigt, die meistbegüterten Frauen in der Gemeinde auf eine Stufe mit ihren Geldsackgenossen zu stellen. Die Fraktion „Dreh Scheibe“ hat in unseren Zeiten noch stets eine feine Witterung für die Mittel bewiesen, die Verwirklichung der Demokratie durch die Machtstärkung des Besitzes aufzuhalten. Man denke

an ihr infames Verhalten in der preussischen Wahlrechtsfrage! Als Redner der Nationalliberalen erklärte Dr. Gottschalk:

„Die Frage, ob das Meistbegütertenrecht dinglicher oder persönlicher Art ist, ist auch wohl entscheidend für die Gewährung des Meistbegütertenrechts an die Minderjährigen, an die unter 24 Jahre Alten und an die Frauen. Auch hier ist von der Kommission die Konstruktion angenommen, die das Herrenhaus nun einmal beliebt hat, und meine Freunde selbst haben schließlich sich mit dieser Konstruktion abgefunden, zumal dadurch allein die Möglichkeit gegeben war, den Frauen ein gewisses Teilnahmerecht an den Gemeindeverhandlungen zu verschaffen. Wäre die Frage aufgeworfen worden, ob den Frauen nicht in den östlichen Landgemeinden ein aktives Stimmrecht zuteil werden sollte, so hätten sich unendliche Schwierigkeiten ergeben. Es wäre damit ein vollständig neues Gebiet betreten; und wir haben ja gesehen, wie schwierig es ist, an den Bestimmungen über das aktive Wahlrecht in den Landgemeinden zu rütteln.“

Der Abgeordnete Waldstein schüttelte verduzt das freisinnige Haupt, weil er nicht begreifen konnte, daß der Genosse Hirsch im Namen der Sozialdemokratie sich gegen das Vorrecht der Grundbesitzerinnen gewendet hatte. Ist die Sozialdemokratie nicht als die konsequenteste Vorkämpferin für das volle gleiche Recht beider Geschlechter erprobt? Muß sie es da nicht mit dem Grundsatz halten, was den männlichen Meistbegüterten recht ist, ist den weiblichen Meistbegüterten billig? Wer wie die Fortschrittliche Volkspartei diese Frage bejaht, bekundet, daß er den Schein für das Ding nimmt oder aber gar den Schein benußt, um zu täuschen. Als Sachwalterin der Enterbten muß die Sozialdemokratie die Dinge selbst prüfend betrachten, sie muß untersuchen, wie sie wirken. Und was zeigt sich dann in unserem Falle?

Die wenigen meistbegüterten Frauen in der Gemeinde werden ihr Privilegium gebrauchen, um ihre Interessen, die Interessen des Grundbesitzes zu vertreten, dessen Trägerinnen sie sind. Wenn die Gemeindeverwaltung vor wichtigen Entscheidungen steht, so werden sie im allgemeinen den eigenen Gewinn und den ihrer Verwandten und „Standesgenossen“ zu wahren suchen und sich nicht um das Wohl der großen Masse der Gemeindeeinwohner ohne Unterschied des Geschlechts kümmern. Auch sie werden dabei sein, wenn es gilt, die Lasten in den Gemeinden möglichst auf die schwachen Schultern der kleinen Leute zu bürden, die Vorteile den Besitzenden zuzufächeln. Doch mehr noch: Weil das Bürgerrecht in der Gemeinde Einfluß, Macht bedeutet: werden sich die Bevorrechteten wie der Teufel vor Weihwasser hüten, das Privilegium der meistbegüterten Frauen zum Rechte des ganzen weiblichen Geschlechts umzuwandeln. Umgekehrt: sie werden sich einer Ausdehnung des kommunalen Bürgerrechts auf die Proletarierinnen mit aller Zähigkeit und gestärkter Macht widersetzen. Die Bevorrechtung eines Händleins reicher Grundbesitzerinnen wird folglich die Zuerkennung vollen kommunalen Bürgerrechts an die Frauen nicht erleichtern, vielmehr aufhalten und erschweren. Die Sozialdemokratie im preussischen Dreiklassenhaus trat daher als zuverlässige, aufrichtige Verfechterin des Bürgerrechts des weiblichen Geschlechts in die Schranken, indem sie die Bevorrechtung der Meistbegüterten mit allem Nachdruck bekämpfte, ohne Rücksicht, ob es sich dabei um Männer oder um Frauen handelte. Genosse Leinert betonte: „Wir lehnen diese Privilegierung der Meistbeerbten und Meistbegüterten ab.“ Genosse Hirsch setzte sich bei der ersten Lesung des Entwurfes mit dem plutokratischen Spul, wie ihn die Regierung heraufbeschwören wollte, in den folgenden Ausführungen auseinander:

„Für meine politischen Freunde handelt es sich um eine Frage grundsätzlicher Natur. Die Vorlage der Regierung bedeutet für uns keine Enttäuschung; wir haben nichts Besseres erwartet. Aber, meine Herren, das kann uns nicht abhalten, den Forderungen prinzipieller Natur, die wir nicht nur an eine Reform der rheinischen Gemeindeordnung, sondern an die Reform unserer Gemeindeverfassungsgesetze überhaupt stellen, hier Ausdruck zu verleihen. Meiner Meinung nach verdient der uns vorliegende Gesetzentwurf den Namen einer Reform überhaupt nicht. Wenn man an unseren Gemeindeverfassungsgesetzen reformieren will, dann muß man ganze Arbeit machen. Tut man das nicht, dann werden doch

immer nur Gesetze herauskommen, die genau so wie die jetzigen veralteten Gemeindeverfassungsgesetze einen wesentlich plutokratischen Charakter tragen. (Sehr richtig!) Meine Herren, die rheinische Gemeindeordnung insbesondere zeichnet sich ja noch durch Schönheiten aus, wie wir sie sonst nirgend finden. Wir haben da nicht nur das plutokratische Dreiklassenwahlsystem, sondern der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlsystems wird noch verstärkt durch die Bestimmungen über die Meistbegüterten, Bestimmungen, deren vollständige Ausmerzung dringend notwendig ist. . . . Sie finden in der Regierungsvorlage die allerschärfste Verurteilung des Verhaltens der Meistbegüterten, also derjenigen Herren, denen durch das Gesetz noch besondere Vorrechte über die Vorrechte der anderen Besitzenden hinaus eingeräumt sind. Es heißt da: „Da die Zunahme der Meistbegüterten in den industriellen Gemeinden hauptsächlich auf das Anwachsen der Gebäudesteuer zurückzuführen ist, so hat sich vornehmlich die Stimmenzahl der Hausbesitzer vermehrt. Unter diesen finden sich wieder manche Bauunternehmer und Grundstückspekulanten, welche in der Gemeinde gar nicht oder nicht dauernd angezogen sind und deshalb nur an denjenigen kommunalen Maßnahmen Interesse haben, die für die Bodenwerte von Einfluß sein können. Wiederholt ist beobachtet worden, daß die meistbegüterten Grundeigentümer dieser Art im Gemeinderat und in der Bürgermeistereiverammlung bei der Beratung von Steuervorlagen, von Fluchtlinienfestsetzungen und ortstatutarischen Maßnahmen ihre Sonderinteressen vorangestellt (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) und zum Nachteil der Allgemeinheit zur Geltung gebracht haben.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich frage Sie, meine Herren, kann man das Verhalten der Meistbegüterten schärfer verurteilen? . . .

Nebenbei bemerkt, enthalten die eben von mir verlesenen Worte aus der Regierungsvorlage ja nicht nur eine scharfe Verurteilung des Systems der Meistbegüterten in der rheinischen Gemeindeordnung, sondern eine ebenso scharfe Verurteilung des Hausbesitzerprivilegs in den Gemeindeverfassungsgesetzen überhaupt. . . . Das Herrenhaus hat nun noch eine Bestimmung eingefügt, wonach weibliche Personen in gewissem Sinne ein Wahlrecht bekommen sollen. Allerdings kommen da nur solche weiblichen Personen in Betracht, die Großgrundbesitzer sind, die etwas besitzen, und auch diesen wird das Stimmrecht nicht im vollen Umfang eingeräumt, sondern sie sollen als „Jorensen“ gelten, sie müssen sich bei der Abgabe ihrer Stimme vertreten lassen; also eine ganz ähnliche Bestimmung, wie wir sie auch in anderen Landgemeindeordnungen finden.

Meine Herren, hiergegen wenden wir uns. Wir haben zu wiederholten Malen der Ansicht Ausdruck gegeben, daß wir das Wahlrecht für alle Frauen fordern. Wenn es sich nun darum handelt, eine Reform zu schaffen, die nur einem Teil der Frauen, und zwar nur den besitzenden Frauen, ein Wahlrecht einräumt, dann ist es ganz selbstverständlich, daß wir ein solches neues Vorrecht mit aller Schärfe bekämpfen werden. Wir verlangen das volle Wahlrecht für sämtliche Einwohner der Gemeinde, und gerade auf kommunalem Gebiet haben sich ja die Frauen ganz hervorragend betätigt. Wenn Sie ihnen schon nicht das passive Wahlrecht einräumen, dann sollten sie ihnen doch wenigstens mit Rücksicht auf die großen Fähigkeiten, die die Frauen auf kommunal-politischem Gebiet an den Tag gelegt haben, das aktive Wahlrecht in vollem Umfang gewähren. Ich erinnere Sie daran, welche Verdienste sich die Frauen auf dem Gebiet der Armenpflege erworben haben, wie ungemein segensreich sie in der Waisenfürsorge wirken, und welche großen Erfahrungen sie für das Amt der Wohnungspflege und für eine ganze Reihe anderer Ämter mitbringen. Meine Herren, wer irgendwo in der Gemeindeverwaltung mit Frauen zusammengearbeitet hat, der wird mit mir auf dem Standpunkt stehen, daß niemand von uns die Mitarbeit der Frauen in den Gemeinden heute entbehren möchte. Sie haben Großes geleistet im Interesse der Gesamtheit, sie haben gezeigt, daß sie genau so imstande sind, die Interessen der Gesamtheit wahrzunehmen, vielleicht in noch höherem Maße wie die Männer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb sollte man endlich einmal diesen alten Pöpsl beseitigen und auch den Frauen ein freies Wahlrecht einräumen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In anderen Ländern ist man auf diesem Gebiet viel weiter. Wir haben eine ganze Reihe von Ländern — allerdings nicht in Deutschland —, in denen die Frauen sowohl das aktive wie auch das passive Gemeindevahlrecht besitzen. Ich erinnere Sie an Dänemark.

* Als Jorensen werden Personen bezeichnet, die Grundbesitz in einer Gemeinde haben, ohne ihr anzugehören oder in ihr zu wohnen.

In Kopenhagen sieht bereits eine Frau in der Stadtverordnetenversammlung. Ich habe selbst Gelegenheit gehabt, mit einer Reihe von Stadtverordneten aus Kopenhagen darüber zu sprechen; alle haben sich in durchaus lobendem Sinne über die Tätigkeit dieser Frau ausgesprochen. Aber wir bei uns hier in Preußen machen bloß große Worte; wir sagen zwar: Preußen in Deutschland voran. Aber wenn es dazu kommt, den Beweis dafür zu erbringen, dann zeigt es sich immer, daß wir in der ganzen Kulturwelt nachhinken. ... Für uns hat eine Reform überhaupt keinen Wert, wenn nicht Hand in Hand damit eine grundlegende Reform des Wahlrechts geht (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), eine Reform, wie wir sie wiederholt verlangt haben. Wir haben vor zwei Jahren hier im Hause einen Antrag gestellt, der dahin ging, für ganz Preußen eine Gemeindeverfassung zu schaffen, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen zur Grundlage hat. Sie haben den Antrag abgelehnt; Sie haben ihn nicht einmal einer Kommissionsberatung gewürdigt. Das ist der beste Beweis dafür, wie wenig Aussicht wirklich vernünftige Reformforderungen hier im Hause haben."

Genosse Hirsch kam auf das Vorrecht der meistbegüterten und meistberbten Frauen nochmals bei der zweiten Lesung des Gesehentwurfes zurück. Der Grundgedanke seiner Rede war: „Unserer Meinung nach muß sich eine jede Reform eines Gemeindeverfassungsgesetzes in der Richtung der Demokratisierung des Wahlrechts bewegen.“ Und dieser grundsätzlichen Auffassung gemäß wendete er sich gegen den zur Beratung stehenden freisinnigen Antrag.

„Ein anderer Antrag der Freisinnigen will,“ so sagte Genosse Hirsch, „daß den meistbegüterten Frauen auch Sitz und Stimme im Gemeinderat gegeben wird. ... Ich prüfe die Frage rein sachlich und komme da zu dem Urteil, daß ich dem Antrag nicht zustimmen kann; es ist ein typisch frauenrechtlerischer Antrag, der auf den ersten Blick etwas sehr Besessenes hat, wenn man hört, daß alle Meistbegüterten ohne Unterschied des Geschlechts im Gemeinderat Sitz und Stimme haben können. Zweifellos ist es ein Fortschritt, wenn die Frauen das aktive und das passive Wahlrecht bekommen. Aber, meine Herren, der Pferdefuß kommt hinterher: es handelt sich um ein Vorrecht, das man nur einer ganz bestimmten Klasse von Frauen, das man nur den besitzenden Frauen und auch nur denjenigen gewähren will, die einen ganz bestimmten Besitz haben. Meine Herren, das ist ein Ausnahmerecht zugunsten der besitzenden Frauen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und einem solchen Ausnahmerecht werden wir nicht zustimmen. Ich habe bereits bei der ersten Lesung der Vorlage betont, daß wir grundsätzlich das Wahlrecht — sowohl das aktive wie das passive Wahlrecht — für Männer und Frauen fordern, daß wir aber nun und nimmer einem Antrag zustimmen können, der lediglich den besitzenden Frauen ein Vorrecht geben will.“

In dieser Auffassung bin ich durch eine Petition bestärkt worden, die uns vom Frauenstimmrechtsverband für Westdeutschland und vom Rheinisch-westfälischen Frauenverband überreicht worden ist. Die Frauen betonen darin, daß es insbesondere für Grundbesitzerinnen von höchster Bedeutung sei, daß sie bei allen ihren Besitz betreffenden Fragen — Ausbau von Wegen, Erschließung neuer Verkehrsstraßen und dergleichen mehr — ihre Interessen mit vertreten dürfen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Also die Frauen wollen ihre persönlichen Interessen vertreten. Ja, sollen wir dazu die Hand bieten, sollen wir den Frauen deshalb im Gemeinderat Sitz und Stimme geben? Das machen wir nicht mit, schon aus dem Grunde nicht, damit nicht der Anschein erweckt wird, wir träten für Sonderrechte ein.“

Der Gesehentwurf ist nicht zur Verabschiedung gelangt, weil bei seiner dritten Lesung das Haus des Geldsackwahlrechts wiederholt beschlußunfähig war. Aber von der erstbelebten Vorrechtsstellung des Grundbesitzes in den Gemeinden wird es heißen: „Aufgehoben, nicht aufgehoben.“ Sie wird aufs neue gefordert werden, wenn die preussischen Gesehgeber sich mit der Reform der rheinischen Gemeindeordnung zu befassen haben. Wichtiger aber als diese Aussicht ist eine andere. Wenn die Frage des Frauenwahlrechts in der Gemeinde akut wird, so ist zehn gegen eins zu wetten, daß die besitzenden Klassen sich bemühen, sie durch die Einführung eines beschränkten Damenwahlrechts zu lösen. Und dieses ihr Trachten nach einer Stärkung der eigenen Macht wird einzig und allein an der

Sozialdemokratie als Führerin der werktätigen Massen einen ernststen Widerstand finden. Die zum Klassenbewußtsein erwachten Proletarierinnen, die die Bedeutung ihres Bürgerrechts in der Gemeinde verstehen, werden gut tun, die richtigen Lehren aus den Verhandlungen im preussischen Klassenparlament zu ziehen.

Vom Klassenkampf in Italien.

In Italien äußert sich oft die Solidarität des Proletariats mit Streikenden und Ausgesperrten in einer eigentümlichen Form, die uns hin und wieder auch in anderen romanischen Ländern begegnet. Bei einem langdauernden Kampfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten werden die Kinder der kämpfenden Proletarier gruppenweise in diejenigen Städte geschickt, wo es eine zahlreiche Arbeiterbevölkerung und eine, wenn auch bescheidene Arbeiterorganisation gibt. Die Ursache dieses Verfahrens liegt auf der Hand. Die Organisationen des Proletariats sind in Italien so gut wie durchweg an Mitgliedern und Geldkräften zu schwach, als daß sie längere Zeit Kämpfende unterstützen könnten. Den Ausbeutern ist diese Tatsache wohlbelannt, und sie nutzen sie aus. Der Hunger soll die „meuternden“ Proletarier zum Nachgeben zwingen. Wessen Hunger aber ist der schmerzlichste, wessen Leiden und Klagen sind die unerträglichsten für Streikende, für ausgesperrte Arbeiter? Selbstverständlich der Hunger, die Leiden der Kinder, denen außerdem meist noch das Verständnis für das Ziel der Kämpfe abgeht, jenes Verständnis für deren Bedeutung, das die moralische Kraft zum Aushalten verleiht. Die Entbehrungen der Kinder sind es, die den Müttern die meisten Qualen bringen, die ihre Willens- und Widerstandskraft brechen und sie oft veranlassen, die Männer mit Bitten und Tränen zu einer Wiederaufnahme der Arbeit zu treiben, die Berrat an den eigenen Interessen, an denen der Klasse ist. Und das ist um so mehr der Fall, wenn die Proletarierin nicht selbst als ausgebeutete Arbeiterin im Wirtschaftsleben der Gesellschaft sieht, wenn sie im Kampfe nicht als Lohnsklavine, sondern als Angehörige eines Lohnsklaven auftritt. Das Bewußtsein der sozialen Zusammenhänge geht ihr dann vielfach noch ab; wohl hört sie von ihrem Manne, daß Kampf und Ausdauer darin notwendig sind, um den Lohn zu erhöhen, um die Arbeitsbedingungen im allgemeinen zu verbessern, aber das letzte Warum von dem allen versteht sie nicht. Was ist die Folge? Die Forderung nach Lohnerhöhung muß sicherlich einen freudigen Widerhall im Herzen und im Bewußtsein der Arbeiterfrau finden, die durch den großen Verdienst ihres Mannes tagaus tagein von Sorgen zermartert wird. Die ersten Tage, wo es im Hause noch etwas zu brocken und zu heißen gibt, wo Bäcker und Kaufmann usw. noch Kredit gewähren, ist die Frau zuversichtlich und tapfer, sie spornet ihren Lebensgefährten zum Widerstand gegen das Ausbeutertum und zur Ausdauer im Kampfe an. Aber allmählich, und zwar meist schon bald stellt sich Mangel am Notwendigsten in der Familie ein, und der Kredit versagt. Die Arbeiter gehen trotzig auf, behaupten, sie könnten unendlich lange aushalten, ja auch den Betrieb ganz schließen. Eifrig tischen die bürgerlichen Zeitungen ihre Drohungen auf, und diese „selbstlosen, unparteiischen Vertreter der allgemeinen Interessen, des Friedens und des Volkswohls“ werden dann geschickt und systematisch in den Arbeiterfamilien verbreitet, recht oft in Abwesenheit des Streikenden oder ausgesperrten Mannes. Freundinnen, Nachbarinnen und nicht an wenigsten der Seelsorger und Beichtvater tragen reichlich dazu bei, daß im Herzen der Familienmutter die Angst um die Zukunft erwacht und wächst, daß die Hoffnung auf einen Sieg erstickt wird. Sind die Armen nicht zum Dulden da, und werden sie nicht im Himmel reichlich belohnt werden? Was hat den Mann in den Kampf getrieben? Der Wunsch, die Kinder besser zu nähren, zu kleiden, zu pflegen, zu erziehen, ihnen mehr Freude, Sonnenschein zu bringen. Allein angefeindet eines langen Kampfes mit seinen Entbehrungen meint die Frau schließlich, den Kindern sei es früher besser gegangen; wie lang der Lohn des Vaters auch gewesen — er kam regelmäßig ins Haus und hielt den nagenden Hunger fern. Was hat der Mann bis jetzt durch den Kampf erreicht? Nichts und wieder nichts. Die anfängliche Zuversicht kommt ins Wanken, und die „irreführte“ Familienmutter fängt an, ihre Zweifel dem Manne mitzuteilen, an seiner Widerstandskraft zu rütteln, wie lange noch und sie macht ihm bittere Vorwürfe, daß er mehr an die Kameraden als an Weib und Kind denkt. Da in Italien das Klassenbewußtsein auch des proletarischen Mannes oft noch nicht gefestigt ist, da es diesem ebenfalls an Schulung im Klassenkampf mangelt, so ist das bedauernde Ergebnis — der Sieg der Unternehmer, Demütigung und ungemilderte Ausbeutung der Proletarier. Um diesem

Ausgang nach Möglichkeit vorzubeugen und den Mangel an materieller Unterstützung einigermaßen wettzumachen, der eine Folge der schwachen gewerkschaftlichen Organisation ist, werden durch die Vermittlung der jeweiligen Streikleitung die Kinder der Kämpfenden in andere Städte verschickt. Die Leitung stellt an auswärtige Arbeiterorganisationen die Anfrage, wieviel kleine Proletarier in der betreffenden Stadt für die Dauer des Kampfes unentgeltlich Obdach und Pflege finden können. Die Namen organisierter Proletarier, die ein Kind aufnehmen können, werden in eine Liste eingetragen nebst dem Vermerk, daß die Betreffenden einen Knaben oder ein Mädchen vorziehen. Ein Mitglied des Streikkomitees begleitet die Kinder in ihre neue zeitweilige Heimat. Unterwegs wie an Ort und Stelle werden die jungen Auswanderer mit Jubel und Begeisterung empfangen. Die gegenwärtigen großen Ausperrungen in Piombino, Portoferraio und auf der Insel Elba, die bereits mehr als hundert Tage dauern, und deren Ende nicht abzusehen ist, hatten bereits dazu geführt, daß die Kinder der Kämpfenden auswärts untergebracht wurden. In den Städten, wo sich die organisierten Arbeiter zur Aufnahme von Kindern bereit erklärt hatten, las man einen Ausruf wie den folgenden: „Arbeiter! Die Ausbeuterclique in Piombino will unsere Arbeitsbrüder durch den Hunger zur Unterwerfung zwingen. Wir werden das nicht zulassen. Die Kinder unserer kämpfenden Brüder sollen von uns wie eigene Kinder behandelt werden. Ihre Mütter sollen nicht weinen — bei uns sollen die Opfer der Ausbeutung wie unsere eigenen Kinder aufgehoben sein. Willkommen!“

In den letzten Jahren, namentlich während der großen Ausperrung in Terni und Parma, sind wiederholt die Kinder der Kämpfenden auswärts brüderlich versorgt worden. Es ist dabei zu großartigen Äußerungen der Klassenolidarität gekommen. Die jungen Gäste sind oft besser als die eigenen Kinder der Familie gepflegt worden. Was dem eigenen Kinde aus Dürftigkeit oft versagt werden mußte, wurde in selbstloser Hingabe freudig dem „Ausgesperrten“ geboten. Die kleinen „Ausgesperrten“, die meist einer zahlreichen proletarischen Familie angehören, fühlen sich auf Besuch und sehr wohl. Sie werden geliebt, mit besonderer Sorgfalt gepflegt, ja hier und da geradezu verwöhnt. Sehr oft gibt die von der Not zur Sparsamkeit gezwungene Familienmutter den größeren Bissen ihrem „Gaste“. Kurz, es geht den verschickten Kindern oft besser als daheim. Wenn der Kampf zu Ende ist, tut es mehr als einem Kinde leid, nach Hause zurückzukehren. Zwischen den Eltern und Pflegeeltern hat sich unterdessen gewöhnlich ein reger Briefwechsel entsponnen. Die Mütter besonders haben sich aneinander angeschlossen. Ihr Liebste haben sie einer der gestern noch ganz unbekanntem Schwestern anvertraut, und diese hat es gehegt und gehalten wie ihr eigen Fleisch und Blut. Die opferfreudige, tatkräftige Solidarität, die die Arbeiterfamilien den Adoptivkindern erweisen, ist ein schönes Zeugnis der Selbstlosigkeit, des Idealismus in der italienischen Arbeiterklasse. Die Liebe und Sorgfalt, die „Freunde“ „Fremden“ erzeigen, kann mit stolzer Zuversicht alle erfüllen, die an das sozialistische Endziel glauben und von seiner Verwirklichung eine Vertiefung und Veredlung der Beziehungen von Mensch zu Mensch, eine Veredlung auch des Familienlebens erwarten. Das Beispiel zeigt uns, daß der als unausrottlbar erklärte Egoismus der einzelnen, daß der phylisterhaft engherzige „Familienstimm“ dem Bewußtsein von der Klassenzusammengehörigkeit weicht.

Trotzdem dürfen wir über der geschilderten edlen Art, die proletarische Klassenolidarität zu betätigen, die Mehrseite der Medaille nicht vergessen: die mangelnde starke Organisation des italienischen Proletariats. Der Empfang der Kinder von Ausgesperrten und Streikenden gestaltet sich heutzutage in Italien zu einer imposanten Volksdemonstration und wird von der Arbeiterpresse mit Genugtuung als Erfolg und Sieg gepriesen. Zu diesem Erfolg trägt jedoch zweifelsohne die Vorliebe der Italiener für das Demonstrative, für das Straßenleben bei. Sie ist von Einfluß darauf, daß sich zum Empfang der Kinder in den größeren Städten viele Zehntausende einfänden, daß die Straßen abgesperrt werden müssen und die Demonstration nicht selten bis in die tiefe Nacht hinein dauert. Unverzüglich wäre es aber, wenn Arbeiter und Arbeiterinnen sich der Täuschung hingeben wollten, als ob die Beteiligung und Begeisterung bei dem Empfang von Kindern ein reiner Ausdruck des Verständnisses für die Bedeutung des Vorganges wäre. Würden die Demonstranten darauf geprüft, ob sie den notgedrungenen Versuch der Kinder als einen Beweis für den Klassengegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten betrachten, als einen Beweis dafür, daß dem ausbeutenden Kapital „kein Herz in der Brust schlägt“, daß der Besitz das menschliche Empfinden tötet; würde man sie fragen, ob sie von der Notwendigkeit überzeugt sind, das Lohnsystem abzuschaffen, so müßten sich die Reihen sofort lichten, von den

vielen Tausenden blieben vielleicht nur ein paar Hunderte übrig. Kurz, es fehlt den demonstrierenden Massen noch ganz bedeutend an der Erkenntnis, die zur richtigen Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiter und damit zur richtigen Würdigung der Organisation als eines Mittels führt, die Gegenwart besser zu gestalten und das sozialistische Endziel zu verwirklichen. Noch sind es wenige, die scharf, bewußt verstehen, daß die Lohnklaverei erst enden kann, wenn die organisierten Proletarier die Macht im Staate haben und dazu benützen, das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen, die Ursache der Ausbeutung und Knechtung des Menschen durch den Menschen.

Es fehlt nicht an hoffnungreichen Anzeichen, daß auch in Italien die Massen in naher Zukunft von klarem Klassenbewußtsein beseelt werden. Die Ausgebeuteten werden dann nicht nur während der Streiks und Ausperrungen, sondern stets Klassenolidarität üben, weil sie die Notwendigkeit erkennen, in festgeschlossener Phalanx im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind zusammenzutreten. Dementsprechend werden Opferwilligkeit und Disziplin zur Regel werden und die Kräftigung, den Ausbau der Organisation sichern. Lohnkämpfe finden dann die Proletarier gerüstet. Den Müttern bleibt der Schmerz der Trennung von ihren Kindern erspart, den Kindern die Qual des Heimwehs, die in den ersten Tagen ihres Aufenthaltes oft herzerreißende Szenen hervorruft. Allgemein muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß die beste und tatkräftigste Hilfe darin besteht, zusammen eine straffe Organisation aufzubauen, die kämpfenden Proletariern ein Schutz und Schirm sein und verhindern kann, daß die Hungerpeitsche der Kapitalisten die Kinder von den jammernden Müttern trennt. Mit der Klärung des Klassenbewußtseins werden sich auch die italienischen Proletarierinnen zu der Erkenntnis durchringen, daß nur durch den proletarischen Klassenkampf die Vorbedingungen geschaffen werden für das Gedeihen ihrer Kinder, daß nur der Sozialismus die Befreiung der Menschheit bringt. Angelika Dalabanoff.

Aus der Bewegung.

Die rege Beteiligung der Genossinnen an den Arbeiten der Frauenkonferenz und des Parteitag ist schon an anderer Stelle im allgemeinen gewürdigt worden. Wir fügen hier noch einige Daten hinzu. Vorsitzende der Frauenkonferenz waren die Genossinnen Zieg und Vaader; als Beisitzerinnen und Schriftführerinnen fungierten die Genossinnen Fahrenwald, Backwitz, Pufe, Undeutsch und Grünberg. Den Bericht der Mandatprüfungskommission erstattete Genossin Agnes. Am Parteitag nahmen 35 weibliche Delegierte teil, außerdem Genossin Zieg als Mitglied des Parteivorstandes und Genossin Zetkin als Mitglied der Kontrollkommission. Dem leitenden Bureau gehörte Genossin Baumann als Schriftführerin an, der Mandatprüfungskommission Genossin Matzke, der Beschwerdekommision Genossin Blase. An den Debatten beteiligten sich neun Genossinnen, davon sprachen einige mehrmals. Genossin Zieg setzte sich mit der Kritik an dem sogenannten „Geheimzirkular des Parteivorstandes“ auseinander, stellte für Parteioorganisationen, welche ihren weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ unentgeltlich liefern, eine Prüfung der Frage in Aussicht, ob eine Verbilligung des Blattes möglich sei, und begründete die Resolution der Frauenkonferenz, den Mutter- und Säuglingschutz betreffend. Daß der Parteivorstand keine frühere und kraftvollere Initiative zu einem Massenprotest wider die Kriegshehe und den Imperialismus ergriffen, wurde von den Genossinnen Luxemburg und Zetkin kritisiert. Die erstere begründete außerdem den Zusatzantrag zu Bebels Marokkoresolution, der leider nicht zur Annahme gelangte; die letztere befürwortete ihren Antrag auf Ausgestaltung der Parteisekretariate und Anstellung weiblicher Sekretäre. Genossin Duncker gab die Begründung der Resolution, die eine Regelung der Stuttgarter Parteizustimmungen in die Wege leiten soll und die Zustimmung des Parteitags fand; sie beantwortete eine Gegenerklärung des Genossen Keil. Gelegentlich der Kritik an dem „Geheimzirkular“ des Parteivorstandes fielen Angriffe auf den Buchdruckerverband, die von Genossin Wien zurückgewiesen wurden. Die Förderung der Jugendbewegung ward von den Genossinnen Grünberg und Fahrenwald befürwortet. Genossin Juchacz begründete die Resolution der Frauenkonferenz betreffend die Veranstaltung von Frauenversammlungen vor dem Zusammentritt des Reichstags. An den Debatten über die Maisfeier beteiligte sich Genossin Enebach.

Vom Aufstieg der proletarischen Frauenbewegung in Hamburg während des letzten Geschäftsjahres ist Erfreuliches zu mel-

den. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder ist um 871 gestiegen. Die Schulung der Genossinnen hat sich vertieft, was zum Teil sicherlich auf die Bildungsabende für Frauen zurückzuführen ist, die seit Januar d. J. vermehrt worden sind. Um einen Stamm von Genossinnen heranzubilden, die planmäßig Agitation für die Partei und unsere Presse, besonders auch für die „Gleichheit“ treiben, werden künftig die Mitglieder der Bestellkommissionen für die Frauenbildungsabende aller drei Wahlkreise zusammenberufen werden, um Anweisungen und Fingerzeige für die praktische Arbeit zu empfangen. Eine Hauptaufgabe der Bestellkommissionen wird die Hausagitation sein, die sie für die Frauenbildungsabende und für öffentliche Frauenversammlungen selbstständig durchzuführen haben. Die betreffenden Genossinnen verschaffen sich zu diesem Zwecke Adressen der weiblichen Mitglieder ihres Wahlkreises beziehungsweise Distriktes und suchen diese in der Wohnung auf. Bei dieser Gelegenheit werden natürlich politische Angelegenheiten erörtert, und man erwartet, daß auf diese Weise das Interesse der Frauen für das öffentliche Leben geweckt und gefördert wird. Um neue Parteimitglieder und Abonnenten für die Tagespresse und die „Gleichheit“ zu werben, wird die Hausagitation die besten Anknüpfungen bieten. Neben der Anleitung zur praktischen Arbeit sollen die Zusammenkünfte der Bestellkommissionen besserer theoretischer Schulung der Genossinnen dienen. In letzter Zeit wurde unter den Hamburger Genossinnen vereinzelt das Verlangen laut, kleine Referate zur Übung zu erstatten, ohne der gefürchteten Kritik ausgesetzt zu sein. In den Sitzungen der Bestellkommissionen soll nun den Genossinnen Gelegenheit zu rednerischen und schriftstellerischen Übungen gegeben werden, und zwar in folgender Weise. Die Leiterin der Sitzung hält ein kurzes einleitendes Referat, das zur Diskussion gestellt wird. Die Teilnehmerinnen, die das Wichtigste davon notiert haben, bestimmen eine Genossin, der die Aufgabe zufällt, das Protokoll zu schreiben, und eine andere, die bis zur nächsten Sitzung das Thema in einem kleinen Referat weiter auszuarbeiten hat. Als Unterlage dient ihr dabei die Schrift, auf welche das Einleitungsreferat sich stützte. Auf diesem Wege soll nach und nach ein Stamm politisch regsamer Genossinnen herangebildet werden, die das große Heer noch abseits stehender Proletarierinnen organisieren, zu regelmäßiger Beteiligung an allen Parteiveranstaltungen heranziehen und sie von der Notwendigkeit ihrer Mitarbeit am Befreiungswerk des Proletariats überzeugen. Die Bestellkommissionen sollen nach Bedarf aus den Reihen der Genossinnen in den Frauenbildungsabenden ergänzt werden. Ihre Zusammenkünfte bilden eine Ergänzung dieser Veranstaltungen, sie vertiefen im engeren Kreise, was die Frauenbildungsabende den Genossinnen geben.

Im Juli und August brachten mehrere Frauenbildungsabende der Partei einen weiteren Zuwachs an weiblichen Mitgliedern. In Gimsbützel sprach Genossin Brandenburg über „Sittlichkeit und sexuelle Erziehung.“ Den Ausführungen, die durch die Wiedergabe künstlerisch wertvoller Literatur zu dieser Frage ergänzt wurden, folgten die Zuhörerinnen mit großem Interesse. Die gleiche Referentin hielt im zweiten Hamburger Wahlkreis einen Vortrag über „Quellen und Entwicklung des modernen Sozialismus“, der mit Verständnis und großer Aufmerksamkeit aufgenommen wurde. Genosse Laufenberg referierte im Gewerkschaftshaus über „Wirtschaftliche Grundbegriffe“ vor aufmerksam lauschenden Zuhörerinnen. In Warmbeck-Uhlenhorst wurde den Genossinnen ein guter geschichtlicher Vortrag über „Deutschlands Weltpolitik“ gehalten, dem im September ein zweiter folgen wird.

Die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg tagte am 27. August im Berliner Gewerkschaftshaus. Der der Konferenz gedruckt vorliegende Geschäftsbericht wurde ergänzt durch ein ausführliches Referat des Genossen Wels. Die achtzehn Wahlkreise der Provinz Brandenburg weisen bei einem Mitgliederstand von 25548 für das Berichtsjahr 1910/11 eine Zunahme von 2694 Mitgliedern auf. Die Zahl der weiblichen Organisierten betrug 2820. Am 19. März, unserem ersten Frauenwahlrechtstag, wurden in der Provinz 35 Frauenversammlungen abgehalten, deren Erfolg zufriedenstellend war. Genosse Wels schilderte eingehend, mit welchen Schwierigkeiten die Agitation in den ausschließlich ländlichen Kreisen der Provinz verknüpft sei. So müssen zum Beispiel die Genossen bei Flugblattverbreitungen oftmals an einem Tage 20 bis 30 Kilometer zu Fuß, oder 40, 50 ja auch 80 Kilometer mit der Bahn oder mit dem Rad zurücklegen.

Der Opferwilligkeit der die Kleinarbeit verrichtenden Genossen ist es mit zu danken, daß wir bei der Reichstagsersatzwahl Frankfurt-Lebus wiedereroberten.

Traurig bestellt ist es noch um die Organisierung der Landarbeiter. Diese schwachen in tiefster Hörigkeit und wagen nicht,

sich der Partei anzuschließen, aus Furcht, in der ganzen Provinz überhaupt keine Arbeit mehr zu finden. Genosse Wels verliest den Brief eines Landarbeiters, der wegen einer Forderung um eine geringe Lohnerhöhung sofort entlassen und aus der Wohnung gewiesen wurde. Mit Frau und sechs Kindern mußte der Armste unter freiem Himmel übernachten! Von 10 Mk. Lohn, die er noch zu fordern hatte, wurden ihm 6 Mk. abgezogen, weil für seine in Kindsnöten liegende Frau die Hebamme hatte geholt werden müssen! Offenbar hatte sein bisheriger „Herr“ noch dafür gesorgt, daß er nirgends Arbeit finden konnte. Denn überall, wo er darum anfragte, wurde ihm erklärt, man könne ihn nicht brauchen, da er ein schlechter Mensch sei.

Das ist eines von vielen Beispielen, wie es dem einzelnen Landarbeiter ergeht, der eine Besserung seiner Lage erstrebt. Das einzige Rettungsmittel für die Landflaven liegt im Zusammenschluß. Um sie aber ihrer Organisation zuzuführen, bedarf es unermüdlicher Aufklärungsarbeit.

Über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach Genosse Pfannkuch.

In seinem Referat über Jugendfürsorge und Sozialdemokratie“ zerpflückte Genosse Heinrich Schulz den Erlaß des preussischen Kultusministers vom 18. Januar 1911 betreffend Jugendpflege. Der Erlaß fordert die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und königlichen Provinzialschulkollegien energisch auf, schleunigst mit allen Mitteln die „Jugendfürsorge“ oder, da dieses Wort im Volke nicht beliebt sei, weil es „irrtümlich“ als Zwangserziehung verstanden wird, die „Jugendpflege“ in die Wege zu leiten. Genosse Schulz hob hervor, daß alle schönen Worte des Ministers über die Erziehung der Arbeiterjugend eitel Heuchelei sind, und daß die Bestrebungen der Regierung nur den einen Zweck verfolgen, „die Arbeiterjugend zu hindern, ihre Klassenlage zu erkennen“. Die staatliche Fürsorge soll die Arbeiterjugend vom 14. bis 20. Jahre umfassen; deshalb regte Genosse Schulz an, ob es nicht angebracht sei, da uns die politische Aufklärung unserer Jugend bis zum 18. Jahre gesehlich unmöglich gemacht ist, diese in der Zeit vom 18. bis 20. Jahre durch besondere Veranstaltungen um so gründlicher politisch aufzuklären. Pflicht aller Parteigenossen sei es, ihre Kinder dem Einfluß der staatlichen Jugendfürsorge zu entziehen und dafür zu sorgen, daß der Arbeiterklasse ihr Nachwuchs nicht entzogen werde. Am Schlusse des mit großem Beifall aufgenommenen Referats brachte Genosse Schulz nachstehende Resolution ein, die einstimmige Annahme fand:

„Die Konferenz erblickt in der sogenannten Jugendpflege, wie sie neuerdings die preussische Regierung mit einer Million Mark unterstützen will, einen reaktionären Anschlag auf die freie Jugendbewegung der klassenbewußten Arbeiterschaft. Unter der irreführenden gleichnerischen Hülle eines Jugendfreundes und mit heuchlerischen Mitteln suchen die Gegner der modernen Arbeiterbewegung zu erreichen, was ihnen bisher durch rückständige Gesetzesbestimmungen, harte Gerichtsentscheidungen und erbitternde Polizeimaßnahmen gegen die Arbeiterjugend noch nicht gelungen ist.

Die Konferenz warnt die Genossen allerorts vor den Agenten dieses neuesten reaktionären Jugendfanges, die unter den verschiedensten Verkleidungen und in den scheinbar harmlosesten Formen arbeitserfindlichen Einfluß auf Volksschüler, Fortbildungsschüler, Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zu erlangen suchen.

Die Konferenz protestiert mit Entrüstung gegen die mannigfachen Verfolgungen, denen die freie Jugendbewegung ausgesetzt ist. Sie erwartet von allen organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen, daß sie demgegenüber die Bestrebungen der Arbeiterjugend gemäß den Beschlüssen der obersten Partei- und Gewerkschaftsinstanzen mit Entschiedenheit fördern und der verfolgten Arbeiterjugend mit Rat und Tat zu Seite stehen.“

Gleichfalls angenommen wurde ein von Schubert-Spandau gestellter Antrag, der die Parteigenossen auffordert, ihre Kinder, die etwa in bürgerlichen Vereinen sind, zum Austritt aus diesen Vereinen zu veranlassen.

In der Diskussion berichteten verschiedene Redner aus Landorten von dem großen Eifer, mit dem Gutsbesitzer, Pastoren, Lehrer und — Unteroffiziere die „Jugendpflege“ auf dem Lande betreiben. Genosse Rosenfeld brachte eine Resolution gegen die jüngsten Jagowschen Schießerklassen ein und begründete sie. Nachdem sie einstimmig angenommen worden war, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie den brandenburgischen Parteitag.

Zahresbericht der Genossinnen in Neumünster. Die Genossinnen Neumünsters haben im letzten Jahre so erfolgreich für

die Gewinnung weiblicher Parteimitglieder gearbeitet, daß deren Zahl von 267 auf 600 gestiegen ist. In einer öffentlichen Frauenversammlung wurden nach einem Referat der Genossin Kähler-Berlin über „Lebensmittelwucher und Frauenpflichten“ 28 Genossinnen der Partei zugeführt. Am Frauentag sprach Genossin Grünig-Kiel über „Das Frauenwahlrecht“ in einer Versammlung, der gleichfalls ein guter Erfolg beschieden war. Die Hauptfortschritte sind aber der fortgesetzten Hausagitation zu verdanken, der sich eine Anzahl Genossinnen mit großem Eifer widmeten. Genosse Henschel-Kiel behandelte in fünf Frauenversammlungen das Thema: „Die Frau und der Sozialismus“. Seine Vorträge haben sehr viel zur Vertiefung der sozialistischen Auffassung unter den Frauen beigetragen. Zwölf Lesende fanden während des Jahres statt. Sie waren gut besucht, aber ungeachtet dessen muß die Beteiligung der Genossinnen an diesen bildenden Veranstaltungen noch größer werden. Mehrere Genossen hielten an den Lesenden Vorträge. Genosse Hennig sprach über den „Zukunftsstaat“, Genosse Schneider an mehreren Abenden über „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“, Genosse Koyur über „Heinrich Heine“. Die Vorträge wurden meist in der Form von Frage und Antwort gegeben und waren belehrend und anregend. Von der Kinderschulskommission, der zwei Genossinnen angehören, ist in diesem Jahre leider nicht viel zu berichten. Auf dem Gebiet des Kinderschutzes gibt es aber so viel zu schaffen, daß wir bestimmt hoffen, übers Jahr eine erfolgreiche Tätigkeit der Kommission vorzeichnen zu können. Dem Jugendausschuß gehört eine Genossin an. Im neuen Jahre heißt es für die organisierten proletarischen Frauen Neumünsters: Frisch ans Werk! Jede, die Zeit hat, muß sich für die Agitation zur Verfügung stellen, wenn die Arbeit des nächsten Jahres von Erfolg gekrönt sein soll. Bei den kommenden Reichstagswahlen tue jede Genossin ihre Pflicht, damit am Wahltag der Sieg unser wird.

Jahresbericht der sozialdemokratisch organisierten Frauen des Herzogtums Braunschweig. Im Herzogtum Braunschweig dringt der sozialistische Gedanke immer mehr in die Köpfe der proletarischen Frauenwelt, wie die wachsende Zahl der weiblichen Parteimitglieder erkennen läßt. Nach dem Fall des alten Vereinsgesetzes, das den Frauen den politischen Zusammenschluß verbot, traten im Jahre 1908 die ersten 400 Frauen der Partei bei. Die Zahl stieg 1909 auf 1127, 1910 auf 1397 und in diesem Jahre auf 1705. 308 neue weibliche Mitglieder sind also im Laufe des Berichtsjahrs im Herzogtum Braunschweig gewonnen worden. Von den 1705 organisierten Frauen und Mädchen entfallen auf die Stadt Braunschweig 1308, auf elf Ortsvereine des ersten Kreises mit 7 bis 50 Mitgliedern 230, auf vier Orte des zweiten Kreises 132, auf neun Vereine des dritten Kreises 35. Im ersten Kreis gibt es zwölf Parteiorganisationen, die noch kein einziges weibliches Mitglied haben, und von mehreren Ortsvereinen des dritten Kreises gilt das gleiche. Dem sozialdemokratischen Verein der Stadt Braunschweig gehören im Verhältnis zu der dort vorhandenen großen Zahl erwerbstätiger Frauen und Mädchen verschwindend wenig organisierte Proletarierinnen an. Es wird Zeit, daß mehr für die Erweckung der Frauen getan wird. Durch Aufklärung im Familienkreis könnte mancher Genosse zur Vermehrung der Zahl der Genossinnen beitragen. Die „Gleichheit“ hat in der Stadt Braunschweig 350, in zwei Nachbarorten 4 und 28 Abonnenten. Zählt man jedoch die Exemplare hinzu, die die weiblichen Mitglieder des Transport-, des Fabrik- und des Textilarbeiterverbandes erhalten, so ergibt sich ein bedeutendes Mehr. Der zweite Kreis hat 88, der dritte 5 „Gleichheit“-leserinnen. Am Frauentag fand in der Stadt Braunschweig in zwei Lokalen je eine Versammlung statt, in denen eine auswärtige Genossin sprach. Außerdem wurden im Laufe des Jahres drei Versammlungen einberufen, die hauptsächlich für Frauen bestimmt waren. In ihnen referierten die Genossinnen Bieh, Zetkin und Gewehr. Ferner wurden mehrere öffentliche wie Mitgliederversammlungen abgehalten, die recht aufklärend wirkten. Leider war die Zahl der Frauen gering, die ihnen beiwohnten. Daran hat wohl einestheils der Umstand schuld, daß noch immer das Volkshaus fehlt, daß keine Säle vorhanden sind, in denen für alle Mitglieder ein Sitzplatz vorhanden wäre. Während des Winters fanden wie im Vorjahr allwöchentlich Frauentagabende statt, die im Sommer nicht weitergeführt werden können, weil dann viele Genossinnen in der Konsumindustrie beschäftigt sind. Auch an diesen Veranstaltungen könnten mehr Genossinnen teilnehmen. Sie werden durch ihre Anwesenheit nicht zum Diskutieren gezwungen, sondern können an den Diskutierabenden als Zuhörerinnen teilnehmen, ebenso wie früher an den Versammlungen des Frauenbildungsvereins. Im Landkreis fanden am Frauentag ebenfalls Versammlungen statt. Mit öffentlichen und Mitgliederversammlungen wurde auch dort nicht gelargt. Nach den Kreisberichten haben die unpolitischen Jugendorganisationen, in denen die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen mehrerer Städte des Herzogtums zusammengeschlossen sind, nicht unerhebliche Fortschritte gemacht. Hoffentlich schreitet ihre Entwicklung ruhig und stetig weiter, trotz Versammlungsaufösungen und sonstigen Schikanen der Polizei.

Jda Rauche.

Politische Rundschau.

Deutschland im Brotwucher voran! Die vielgepriesene nationale Wirtschaftspolitik beschert dem deutschen Volke in den Zeiten der Teuerung der Kartoffeln und des Gemüses und der drohenden Verschärfung der dauernd gewordenen Fleischteuerung nun auch noch das Steigen des Brotpreises. Dabei ist die Getreideernte gut ausgefallen — die Dürre, die Kraut und Gemüse verbrannt hat, vermochte dem Roggen und Weizen nicht zu schaden. Aber die sogenannten Einfuhrscheine, die in Wirklichkeit Ausführprämien von 50 Mk. für die Tonne ausgeführten Getreides sind, machen die Ausfuhr zu einem guten Geschäft. So wurde deutscher Roggen nach dem Ausland ausgeführt, bis der künstlich herbeigeführte Mangel an Roggen in Deutschland gestaltete, den Preis in die Höhe zu treiben, so daß er hier um den vollen Betrag des Zolles, nämlich um 50 Mk. pro Tonne, höher steht als im Ausland. Während der Deutsche teuren Preis für das Brot wird zahlen müssen, wird im Ausland mit dem durch die Ausführprämie verbilligten deutschen Roggen das Vieh gefüttert!

Die deutschen Bundesregierungen denken nicht daran, dem kommenden Unheil vorzubeugen. Soweit sie einen Notstand anerkennen, ist es nur der der Landwirte. Dagegen suchen sie allerlei unzulängliche Mittelchen hervor, zu durchgreifenden Maßregeln, wie Aufhebung der Zölle für Viehfuttermittel, können sie sich auch hier nicht entschließen, weil die großen Grundbesitzer Futtermittelverkäufer sind. Doch scheint für ein Getreide, das freilich in Deutschland nur wenig gebaut wird, Zollerleichterung geplant zu sein — für den Mais. Und zwar deshalb, weil der Mais als Ersatzrohstoff bei der Branntweinbrennerei dienen könnte. Die Interessen der Schnapsjunker müssen in erster Linie berücksichtigt werden. Außerdem werden den landwirtschaftlichen Genossenschaften größere Summen aus staatlichen Bankinstituten oder unmittelbar aus der Staatskasse zu sehr niedrigem Zinsfuß geliehen, um den Landwirten den Ankauf von Futtermitteln zu erleichtern. Diese Liebesgabe nimmt sich besonders schön aus gegenüber der Tatsache, daß dieselben Regierungen den Konsumvereinen, durch die sich die Arbeiter den Ankauf von Lebensmitteln zu erleichtern suchen, mit Umsatzsteuern das Leben schwer zu machen suchen!

Wie die Proletarier und die kleinen Leute sich durch den Winter hungern werden, das macht den Herren in den Ministerstühlen offenbar gar keine Sorge. Von der Öffnung der Grenzen, von der Aufhebung der Zölle, die die allgemeine Teuerung für Deutschland um ein Beträchtliches gegen das Ausland verschlimmern, ist keine Rede. Indes werden die Herren nicht darum herumkommen, vor der Öffentlichkeit zu erklären, welche erleuchteten Gründe sie für diese Untätigkeit angehts drohender Not haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auf dem Parteitag zu Jena bereits beschlossen, in der Herbstsession des Reichstags sofort die Forderungen des Volkes in Gestalt einer Interpellation auf die Tagesordnung des Parlamentes zu bringen.

Einen leichten Vorgesmack von den Verheerungen, die ein Krieg im Erwerbsleben anrichten würde, haben einige schwarze Tage an der Berliner Börse gegeben. Zweimal innerhalb kurzer Frist haben Gerüchte von einer Verschlimmerung des Standes der Marokkoangelegenheit Paniken unter dem Börsenpublikum zur Folge gehabt; die Kurse wichen, die Inhaber der betroffenen Wertpapiere haben Millionen Mark verloren. Eine Anzahl kleinerer Bankiers hat Bankrott gemacht, einige ruinierte Spekulanten nahmen sich das Leben. Freilich hat, namentlich an dem ersten Schreckenstag, nicht die Kriegsgefahr allein diese Kursstürze herbeigeführt. Sie gab nur den letzten Anstoß. Der Kursrückgang wäre auch ohne das Marokkoabenteuer eingetreten, nur vielleicht nicht so schroff. Die Spekulation hatte den Kurs der Papiere zu hoch getrieben in Erwartung des Aufstiegs der wirtschaftlichen Konjunktur. Der Aufstiegs geht diesmal aber sehr langsam vor sich, so daß die zu den hohen Kursen angelaufenen Industrieaktien noch nicht die diesem Preise entsprechende hohe Dividenden bringen. Die Reichsfinanzreform mit ihren schädlichen Folgen hat auch auf eine Verlangsamung der Belebung der Wirtschaftslage hingewirkt. Die Kriegsgefahr kommt nun als weitere Hemmung dazu. Die Unsicherheit, die das lange Hinziehen der Verhandlungen und das Schweigen

der Regierungen über ihre Ziele erweckt, bewegt viele Inhaber von Wertpapieren, diese zu verkaufen, da sie beim Ausbruch eines Krieges gewaltige Kursstürze und Verluste befürchten. Das starke Angebot, dem keine entsprechende Nachfrage gegenübersteht, senkt dann die Kurse. Die Verluste der Spekulanten und Kapitalisten könnten nun freilich das Proletariat sehr kühl lassen, wenn nicht diese Erscheinungen zugleich anzeigten, daß das Geldkapital vom Geldmarkt zurückgezogen, daß der Kredit erschwert und verteuert wird. Die Banken, deren Depositenlaffen weniger Geld vom Publikum anvertraut wird, müssen das Verleihen von Geld an Handel und Industrie beschränken und verteuern, die Zinssätze erhöhen, und das bedeutet eine neue Erschwerung des Aufstiegs des Wirtschaftslbens. Zudem werden bei so unsicheren Verhältnissen weit-ausholende Geschäfte möglichst verschoben, Einkäufe auf längere Zeit beschränkt. Das Ergebnis ist Verminderung des Warenumsatzes, schleppender Gang in der Produktion, in den Fabriken und Werkstätten. Es wächst also die Arbeitsgelegenheit nicht im normalen Maße, ja die Entwicklung wird vielleicht in einzelnen Industriezweigen zeitweilig wieder rückläufig. Und diese Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit trifft die Arbeiter gerade in einer Zeit, da die Lebensmittelpreise unheimlich in die Höhe gehen und da die Spekulation an der Produktentbörse eben um der Kriegsgefahr willen die Preise noch mehr in die Höhe treibt.

So wirkt schon die Kriegsgefahr — welche entsetzliche Verheerungen würde erst der Krieg anrichten. Es ist daher wohl verständlich, daß in den Kreisen der kleinen Leute, die ihr Geld den Sparlaffen anvertrauen, selbst Befürchtungen entstehen, ob diese ganz besonders gesicherten Institute im Kriegsfall zahlungsfähig bleiben werden. Und deshalb braucht man sich über den Ansturm auf die Sparlaffen, der in diesen Wochen in mehreren Städten erfolgte, nicht weiter zu wundern, so unsinnig die Haltung der Einleger an sich auch war. Die Wertpapierbesitzer und die Sparlaffeneinleger gehören nun zwar zum allergrößten Teil zu den untadeligen Patrioten, die es sehr übelnehmen würden, wollte man an ihrer glühenden Vaterlandsliebe und an ihrer Bereitschaft, Opfer für das geliebte Vaterland zu bringen, irgendwie zweifeln. Aber ihre Vaterlandsliebe hat sie nicht davon abgehalten, zuerst für ihren Geldbeutel zu sorgen, selbst auf die Gefahr hin, die finanzielle Kraft des Reiches in dieser Krise zu schwächen. Der Patriotismus geht nun einmal nicht bis in den Geldbeutel. Auch der Kurs der Reichsanleihen ging zurück, und das Reichschahamt mußte ihn durch größere Käufe zu halten versuchen.

Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat sich inzwischen den Blättern angeschlossen, die die Hamburger Flottenrede des Kaisers als eine harmlose Sache und nicht als die Ankündigung einer neuen Flottenvorlage ausgeben. Nach den Erfahrungen, die man mit den Versicherungen dieses Regierungsblattes gemacht hat, wird man daraus schließen müssen, daß das Gegenteil wahr ist. Die Flottenvermehrung ist die ganz selbstverständliche Folge des Marokkoabenteuers, das unseren Gegensaß zu England Frankreich erheblich verschärft hat, welches sein Ausgang auch immer sei. Der Flottenverein hat das auch offen ausgesprochen und eine Agitation für eine neue Flottenvorlage in Aussicht gestellt. Daß damit die Gesundung der Reichsfinanzen, die angeblich durch die Reichsfinanzreform gesichert sein soll, wieder verhindert wird, ist außer Frage. Trotz alledem glaubt man aber noch Arbeiter in Deutschland dazu gewinnen zu können, daß sie sich dem Vorgehen der Sozialdemokratie gegen die Marokkopolitik widersetzen. Der Ausschuß des angeblichen „Deutschen Arbeiterkongresses“, das heißt die Leitung der vereinigten christlichen Gewerkschaften und Arbeitervereine und antisemitischen Handlungsgehilfen, hat einen bombastischen Aufruf erlassen, worin er die christlichen Arbeiter als beste Schutzwehr gegen den Umsturz anpreist, die Marokkopolitik billigt und die christlichen Arbeiter auffordert, der von der Sozialdemokratie betriebenen Agitation für den Massensfreit im Kriegsfall entgegenzuarbeiten. Die bürgerliche Presse ist natürlich entzückt und renommiert mit den 1 1/2 Millionen nationaler Arbeiter, die hinter diesem Aufruf stehen sollen. Daß keiner von ihnen befragt wurde und daß die Zahl von 1 1/2 Millionen nur dadurch zustande kommt, daß ganze Scharen einmal als Mitglieder der katholischen beziehungsweise evangelischen Arbeitervereine und zum zweitenmal als Mitglieder christlicher Gewerkschaften gezählt wurden, geniert weiter nicht.

Im russischen Reiche hat den Bluthund Stokypin die Vergeltung erteilt. Der leitende Staatsmann Rußlands, der nicht bloß dem Namen nach für die entsetzlichen Greuel der Gegenrevolution verantwortlich ist, sondern der sie direkt befohlen hat, der blutige Niedermetzungen, Pogrome der Juden und der Revolutionäre ins Leben rief, der durch die Feldgerichte Tausende morden ließ, der

die Freiheitskämpfer in den Gefängnissen martern und dahinwiehen ließ, ist von einer Revolverkugel zu Kiew im Theater im Beisein seines Herrn, des Zaren, niedergestreckt worden und ist seiner Verletzung einige Tage später erlegen. Der Mittertäter, ein Rechtsanwaltsgehilfe Bagrow, war seinerzeit wegen Beteiligung an der revolutionären Bewegung verhaftet worden. Die Polizei bot ihm Straßlosigkeit an, wenn er als Spindel unter den Revolutionären in ihre Dienste trete. Scheinbar nahm Bagrow an. So gehörte er zu den Geheimpolizisten, die den Minister in Kiew beschützen sollten. Und diese Gelegenheit hat er benützt, um für die Greuelthaten der Regierung Rache zu nehmen. Die Sozialdemokratie verwirft die terroristische Taktik, die in der Tötung hervorragender Vertreter der Reaktion besteht. Aber sie begreift wohl, daß die Vestialität, mit der die Zarenschergeren wüthen, den Drang nach Vergeltung hervorruft.

In Wien fanden am Sonntag den 17. September gewaltige Demonstrationen gegen die Agrarier und die Regierung statt, die keine Maßnahmen zur Linderung der Teuerung ergreift. Im Anschluß an die Kundgebungen ereigneten sich blutige Zusammenstöße zwischen den Volksmassen und dem Militär.

In Frankreich und Belgien kam es in den letzten Wochen durch die Teuerung zu heftigen Krawallen. Auf gewaltsamem Wege suchten die empörten Proletarier, voran die Frauen, die Lebensmittelhändler zur Ermäßigung der Preise zu zwingen. Die Kommandierung von Militär gegen die Menge ist die einzige ernsthafte Maßregel, die die Regierungen bislang in Sachen der Teuerung ergriffen haben.

Die portugiesische Republik ist jetzt von den europäischen Mächten anerkannt worden. In Persien haben die Regierungstruppen Siege über die Scharen des Gschahs erröchten. Während sein oberster General in Teheran standrechtlich erschossen wurde, soll sich Mohammed Ali auf der Flucht nach Rußland befinden. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Beteiligung wirtschaftlicher Interessentengruppen und Organisationen der bestehenden Klassen am politischen Kampfe tritt immer stärker hervor. Besonders wird durch neue Beweise das offene Geheimnis beleuchtet, daß die großen kapitalistischen Unternehmer und ihre Vereinigungen Zeitungen finanziell unterstützen und halten, die die Bestrebungen des brutalen Scharfmachertums vertreten und in unerhöhter Weise gegen die zielbewußte, organisierte Vorhut der Arbeiterklasse gehen. So wurde kürzlich in Waldenburg i. Schl. mit einem Kapital von 130 000 M. eine sogenannte „unabhängige“ Zeitung gegründet. Wie die Dinge dort liegen, mußten unsere Genossen annehmen, daß hinter der Gründung der große Geldsack der Herren Grubenbarone stände. Sie gaben dieser ihrer Meinung offen Ausdruck. Die gewerkschaftliche Zeitung der Zeitung wollte durch prestigefähliche Berichtigungen erzwingen, daß der Versicherung ihrer unantastbaren Unabhängigkeit vom Grubenkapital geglaubt werde. Nun hat eine bekannt gewordene vertrauliche Aufstellung bestätigt, daß das niederschlesische Kohlen Syndikat der Geldgeber der „unabhängigen“ Zeitung ist. Auch die bekanntesten Scharfmacherblätter, die „Post“ und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ werden von großen Kapitalisten unterhalten. Die „Post“ ersuchte neulich in versteckter Form die Arbeitgeber um milde Gaben, indem sie in einem Zirkular ihr rückhaltloses Eintreten für die Unternehmerinteressen rühmte und sich zur Beschönigung ihrer kapitalistischen Besinnung auf die Anerkennung und den Dank des Zentralverbandes deutscher Industrieller und anderer Unternehmerverbände berief. Neben dem offenen Eingreifen der organisierten Ausbeuter in den politischen Kampf begegnen wir auch den schleichen, versteckten Mäkten, die die öffentliche Meinung verdummen und täuschen, die öffentlichen Gewalten und maßgebende Persönlichkeiten der Ausbeutungswirtschaft dienstbar machen sollen. Die gemeinsame Parole all solcher Mäkten und Tücken ist: Niederrückung der wirtschaftlichen, sozialpolitischen und politischen Forderungen des Proletariats. Das Berede von der angeblichen politischen „Neutralität“ der Unternehmer, Großkaufleute und Spekulanten erscheint angesichts der Tatsachen als pure Heuchelei. So haben die Gewerkschaften die doppelte Verpflichtung, unbekümmert um das Geschrei der Gegner mit der politischen Partei zu gehen, die allein konsequent und umfassend die Gegenwartsforderungen, die Zukunftinteressen aller Ausbeuteten und Bedrückten als Klasse vertritt: mit der Sozialdemokratie.

Was die Metallarbeiterausperrung anbelangt, so ist noch keine entscheidende Wendung eingetreten. Wiederholte Verhandlungen brachten keine Einigung, wurden aber auch noch nicht

vollständig abgebrochen. Die Unternehmer haben zwar schon etwas nachgegeben, ihre Zugeständnisse sind jedoch so geringfügig, daß auf ihrer Grundlage eine Einigung nicht zustande kommen konnte. Unterdessen flaut die Aussperrung ab. In Dresden nehmen die Streikenden und Aussperrten die Arbeit wieder auf. Die thüringischen Metallindustriellen haben denn auch beschlossen, daß die einzelnen Betriebe in Einigungsverhandlungen mit den Arbeitern eintreten dürfen. Im Glühlampenwerk Schneider in Berlin sind 400 Arbeiterinnen und 50 Arbeiter aus nichtigen Gründen entlassen worden. Röchlich wurden von den Arbeiterinnen einer Abteilung des Betriebs Überstunden verlangt. Da verschiedene Arbeitsplätze leer waren, beantworteten die Arbeiterinnen dieses Ansinnen dadurch, daß sie die Einstellung neuer Arbeitskräfte forderten und die Überstunden verweigerten. Daraufhin wurden 20 Arbeiterinnen entlassen, denen andere folgten, die in der Hauptsache für ihre Zugehörigkeit zur Organisation büßen sollten. So sind 400 Arbeiterinnen brutal auf die Straße gesetzt worden, weil sie ihr Selbstbestimmungsrecht wahrten und solidarisch im Interesse arbeitsloser Berufsgenossinnen handelten.

Eine Lohnbewegung im Leipziger Lithographie- und Steindruckgewerbe, die sich zunächst auf das männliche Personal beschränkt, droht auf das Hilfspersonal und damit auch auf die Arbeiterinnen überzugreifen. Zwischen den Steindruckereibetrieben und der Organisation der Steindruckereihilfsarbeiterinnen besteht aber ein Tarifverhältnis, das bis Ende dieses Jahres Gültigkeit hat. Die Unternehmer könnten also die Kündigung des Hilfsarbeiterpersonals nur unter Tarifbruch vornehmen. Es finden in der Folge zwischen den Organisationsleitungen Verhandlungen statt. — In der Chemnitzer Kartonnageindustrie bereitet sich eine Lohnbewegung vor. Die Unternehmer haben die Einreichung eines Tarifes durch die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht beantwortet.

Ein Boykott der Fabrikate der Plangeschen Mühlen ist von den zuständigen Instanzen verhängt worden, auf den wir unsere Leserinnen besonders aufmerksam machen. Die Arbeiter der Plangeschen Mühle in Düsseldorf hatten Lohnforderungen gestellt; die Direktion begnügte sich nicht damit, sie abzulehnen, sondern sie maßregelte obendrein organisierte Arbeiter. Vermittlungsversuche, auch die des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, blieben ergebnislos. So mußte es zur Erklärung des Boykotts kommen, der außer dem Düsseldorfer Betrieb auch die Plangeschen Mühlen in Soest und Harburg-Wilhelmsburg trifft.

Aber die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten in den Bureau der Rechtsanwälte hat der Verband der Bureauangestellten eine Statistik veranstaltet. Uns interessieren davon namentlich die Angaben über die Lohnverhältnisse des weiblichen Personals. Die Statistik erstreckte sich auf 2649 Lehrlinge, 1087 weibliche und 1858 männliche Angestellte. Ein Gehalt bis zu 50 Mk. monatlich beziehen 47,8 Prozent der Angestellten (der Mehrzahl nach weibliche), von 51 bis zu 100 Mk. monatlich beziehen 25,1 Prozent und über 150 Mk. nur 11,6 Prozent. In der gegenwärtigen Stellung waren 48 Prozent der männlichen und 43,7 Prozent der weiblichen Angestellten weniger als ein Jahr tätig. Monatliche Gehaltszahlung hatten 92,8 Prozent. Nur 4 Prozent erhalten das Gehalt während Krankheit weiter. Aber die soziale Schicht, aus der die Angestellten sich rekrutieren, sagt die Statistik, daß 44 Prozent des männlichen und 27,6 Prozent des weiblichen Bureaupersonals aus Arbeiterfamilien stammen, die übrigen aus den Kreisen des Mittelstandes. 75,7 Prozent der männlichen und 70,8 Prozent der weiblichen Angestellten hatten nur Volksschulbildung genossen.

Welch schweren Schlag die Zoll- und Steuerpolitik des Deutschen Reiches der Tabakindustrie versetzt hat, zeigt der Tabakarbeiterverband in seinem Bericht für das Jahr 1910. Der Geschäftsgang lag teilweise ganz darnieder. Eine ungewöhnlich starke Arbeitslosigkeit herrschte unter den Tabakarbeitern und -arbeiterinnen besonders in Nordwestdeutschland, Westfalen, Hamburg und Bremen. Im ersten Halbjahr 1910 mußten aus Reichsmitteln 3870926 Mk. Unterstützung an Arbeitslose im Gewerbe gezahlt werden. Die Arbeitslosigkeit war in dem angegebenen Zeitraum noch umfangreicher als im zweiten Halbjahr 1909. Nach den von der Tabakarberufsgenossenschaft festgestellten Lohnbeträgen war ein Rückgang bei der Herstellung der Fabrikate zu verzeichnen, der 11,6 Prozent in der Zigarrenindustrie, 6,4 Prozent in der Rauchtakindustrie und 6,5 Prozent in der Kautakindustrie betrug. Die Zigarettenbranche hat sich bald erholt. Der Verband nahm Erhebungen vor, die sich nur auf Mitglieder erstreckten, die infolge der neuen Tabaksteuer arbeitslos geworden waren. Danach waren etwa 10 Prozent der

Mitglieder ein Opfer der Arbeitslosigkeit. Für Unterstützung der Arbeitslosen mußte der Verband im Berichtsjahr nicht weniger als 82000 Mk. verausgaben. Unter den angeedeuteten ungünstigen Verhältnissen ist es doppelt hoch zu werten, daß der Verband respektable Erfolge erzielen konnte. Besonders erfreulich ist es, daß er 1300 weibliche Mitglieder neu gewann; die Zahl der männlichen Organisierten erhöhte sich nur um 121. Der Verband setzte manches zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse durch. Für 9053 Beschäftigte wurden Lohnerhöhungen bis zu 2,50 Mk. pro Woche erreicht, und es gelang, für 1504 Personen die Arbeitszeit um zusammen 5929 Stunden wöchentlich zu verkürzen. Versuche zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen konnten abgeschlagen werden. So hat auch die schwer bedrängte Organisation der Tabakarbeiter das letzte Geschäftsjahr in Ehren bestanden. #

In der Holzindustrie wurde in den letzten Wochen eine größere Anzahl von Lohnbewegungen mit zum Teil recht erfreulichen Ergebnissen zum Abschluß gebracht. Nach achtwöchigem Streik kam in Cham in Bayern ein Tarifvertrag zustande, während dessen Geltungsdauer die Arbeitszeit von 56 auf 55 Wochenstunden sinkt und der Stundenlohn um 8 Pf. steigt. Ein volles halbes Jahr haben die Tischler in Forst im Ausstand verharrt. Nachdem der Arbeitsvertrag im Februar abgelaufen war, machten die Unternehmer durch ihr mangelndes Entgegenkommen eine Einigung unmöglich — wagten doch die Meister den Arbeitern eine Lohnerhöhung von $\frac{1}{8}$ Pf. pro Stunde zu bieten. Ebenso lehnten es die Herren schroff ab, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen. Als Lohn für ihre zähe Ausdauer erhalten nunmehr die Arbeiter durch Vertrag eine Stunde Arbeitszeitverkürzung, 4 Pf. Lohnerhöhung, 39 Pf. Durchschnittslohn und einen Akkordtarif, der eine größere Sicherheit der Akkordsätze gewährt.

Einen schönen Erfolg haben die 500 Arbeiter der Weismühlfabriken in Deynhäusen errungen. In diesem Wadecort ist die Lebenshaltung schon seit langem außerordentlich teuer. Die Erzielung günstigerer Arbeitsbedingungen wurde besonders dadurch sehr erschwert, daß viele Arbeiter, die aus den umliegenden Dörfern kommen und auf einem kleinen Grundstück selbst etwas Lebensmittel ziehen, sich mit niedrigeren Löhnen zufrieden gaben als die zugewanderten Arbeiter. Das ist nun durch das Eingreifen der Organisation anders geworden. Der Holzarbeiterverband hat dort in letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht, und so konnte jetzt, ohne daß eine Arbeitsniederlegung erforderlich wurde, zum ersten Male ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Die Arbeitszeit wird von bisher 60 auf 57 Stunden und 1913 auf 56 Stunden in der Woche herabgesetzt. Die Stundenlöhne werden sofort um 3 Pf., im ganzen um 7 Pf. erhöht, die Akkordsätze in entsprechendem Verhältnis. Der Durchschnittslohn soll für Tischler 43 Pf., für Maschinen- und Hilfsarbeiter 33 Pf. betragen und während der Vertragszeit um 4 Pf. steigen.

Gleichfalls ohne Streik wurden Lohnbewegungen der Tischler in Nordenham, Nienburg a. d. Weser, in Iserlohn, Fehdenheim und Welbert zum Abschluß gebracht. Erreicht wurden dabei Verkürzungen der wöchentlichen Arbeitszeit um 2 bis 4 Stunden und Erhöhungen der Stundenlöhne um durchschnittlich 7 und 8 Pf. innerhalb der Vertragszeit. In Stettin bei Lübeck wurde das bisher noch bestehende Kost- und Logistiksystem abgeschafft und die Arbeitszeit, die 10 bis 10 $\frac{1}{2}$ Stunden betrug, auf $9\frac{1}{2}$ und von 1912 ab auf 9 Stunden täglich festgesetzt.

Die Stuhlarbeiter in Blomberg erhöhten die Sätze ihres Akkordtarifs so, daß etwa 2 Mk. wöchentliches Mehrverdienst herauskommt. Dagegen mußte der große Kampf in Rabenau wegen des starken Zustroms von Arbeitswilligen vorläufig abgebrochen werden.

Die Stellmacher errangen in Meerane 5 Stunden Arbeitszeitverkürzung und Erhöhung der Stundenlöhne von 8 Pf. im Laufe von 3 Jahren. Im benachbarten Glaucha wurde in der Wagenfabrik die Arbeitszeit von 62 $\frac{1}{2}$ auf 58 Wochenstunden herabgesetzt und sofort 4 Pf. und für später noch zweimal je 2 Pf. Zulage zu den Stundenlöhnen gewährt. In Gelsenkirchen, wo bisher noch 11 Stunden täglich gefrondet werden mußte, soll künftig 10 Stunden gearbeitet werden. Neben 4 Pf. Zulage wird hier 50 Pf. Durchschnittslohn geboten.

Unter den Verufen, in denen die Arbeiterinnen stärker vertreten sind, weist eine Goldleisten- und Rahmenfabrik in München einen beachtenswerten Tarifabschluß auf. Die Firma stand bisher als einzige noch außerhalb der Tarifgemeinschaft. Die Wochenarbeitszeit wurde hier auf 53, für später auf 52 Stunden festgesetzt. Vergolder erhalten im ersten Gesellenjahr 40, im dritten 52 Pf. Mindestlohn; Hilfsarbeiter mit 16 Jahren 30 Pf., mit 20 Jahren 45 Pf. Stundenlohn; Arbeiterinnen sofort 20 Pf., nach einjähriger

Beschäftigung 25 Pf., geübte nicht unter 30 Pf. Eine große Uhrengehäusefabrik in Schmölnn gestand bei den Verhandlungen eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 58 auf 56 Stunden wöchentlich zu, ferner den Lohnarbeiterinnen für die nächsten 3 Jahre je 1 Pf. Zulage zu den Stundenlöhnen. Wichtiger ist jedoch hier die Erhöhung der Akkordpreise um 10 Prozent, die auf zwei Fristen verteilt ist. Den Demijohnflechtern in Geesthacht bei Hamburg waren während des schlechten Geschäftsganges im Jahre 1908 Abzüge von den Akkordfähnen gemacht worden, die damals nicht abgewehrt werden konnten. Von den gegen 230 in den dortigen Korbmachereien Beschäftigten sind die Hälfte Frauen. Nachdem sich diese nach und nach in überwiegender Zahl ihrer Organisation angeschlossen hatten, konnte jetzt durch Verhandlungen der Preis für das Flecht pro Flasche je nach Größe um 1 bis 3 Pf. erhöht werden.

Mit dieser Aufzählung sind nun allerdings die Lohnkämpfe des Deutschen Holzarbeiterverbandes in der letzten Zeit noch lange nicht erschöpft. Vor allem ist der Verband unablässig bestrebt, in Orten mit rückständigen Arbeitsverhältnissen Fortschritte zu erzielen. Daß die meisten Bewegungen ohne Arbeitseinstellung durchgeführt werden konnten, ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Unternehmer die Macht der Arbeiterorganisation richtig einschätzen lernen. Wenn es nicht überall möglich ist, mit den Forderungen schnell und erfolgreich durchzudringen, so sind daran mit schuld die leider noch so zahlreichen männlichen und weiblichen Proletarier, die außerhalb ihrer Berufsorganisation stehen. fk.

Genossenschaftliche Rundschau.

Der diesjährige Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Gewerkschaftskongress in Dresden haben einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Generalkommission wird beauftragt, gemeinsam mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unterstützungsvereinigung ins Leben zu rufen. Aufgabe der Vereinigung soll sein, den Mitgliedern der Gewerkschaften und Genossenschaften, die freiwillige Beiträge leisten, und deren Familienangehörigen im Falle des Todes, des Alters, der Kindesversorgung usw. Unterstützung zu gewähren. Die zur Durchführung dieser Aufgabe mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine zu treffenden Vereinbarungen und die Statuten der Unterstützungsvereinigung bedürfen der Genehmigung der Konferenz der Verbandsvorstände.“ — Die Konsumvereine und die Gewerkschaften wollen damit eine Einrichtung schaffen, die zweifellos sehr nützlich für die Arbeiter werden kann, und die besonders auch den kapitalistischen Privatversicherungen, den sogenannten „Volksversicherungen“ entgegenarbeiten soll. Diese Bestimmung wurde in der Begründung der Resolution ausdrücklich hervorgehoben. — In den „Blättern für Genossenschaftswesen“, Organ des Allgemeinen (bürgerlichen) Genossenschaftsverbandes, scheint dieser bedeutsame Beschluß einige Verlegenheit hervorgerufen zu haben. Man widmet ihm nämlich einen besonderen Artikel, um nachzuweisen, daß in Wirklichkeit dem Allgemeinen Verband das Verdienst an dieser Sache zukomme. Schon 1904 und dann wieder 1910 sei auf den Genossenschaftstagen des Allgemeinen Verbandes dazu Stellung genommen und empfohlen worden, — „die Volksversicherung zu fördern“. Diese „Förderung“ besteht nun, wie weiter angegeben wird, darin, „daß einzelne Genossenschaften durch Überweisung ihrer Dividenden oder wenigstens eines Teiles derselben an den Allgemeinen Deutschen Versicherungsverein schon Versicherungssummen sich erworben haben“. Auf solche Taten sollte man sich im Allgemeinen Verband nicht allzuviel einbilden, denn sie stellen so gut wie nichts dar. Es ist doch ein sehr großer Unterschied, ob man auf etwas nur „die Aufmerksamkeit lenkt“, oder ob man es kräftig und zielbewußt anpackt. Letzteres tun aber in der Sache der Volksversicherung die Gewerkschaften und der Zentralverband der Konsumvereine, und sie können daher auch das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, das ihnen bürgerliche Genossenschafter rauben wollen.

Daß der Haß der reaktionären Kreise gegen die Konsumvereine gelegentlich hinter dem Profitinteresse zurücktreten muß, hat sich kürzlich in Westfalen gezeigt. Dort hat ein konservativer Parteisekretär Albers eine Broschüre — unter einem Buche tun's die Konsumvereinsgegner bald nicht mehr — gegen die Konsumvereine geschrieben, in der diese als ein „Werk der Sozialdemokratie“ bezeichnet werden. Namentlich genannt wird der Bielefelder Konsumverein. Nun hat aber, wie unsere dortige Parteipresse berichtet, die Mollerei Bielefeld e. G. m. b. H., deren Mitglieder ausnahmslos Anhänger der konservativen Partei und Mitglieder des Bundes der Landwirte sind, anfangs dieses Jahres mit demselben Biele-

felder Konsumverein einen Lieferungsvertrag von täglich 5000 Liter Milch abgeschlossen, der nicht nur den Mitgliedern des Konsumvereins die Milch zu einem billigeren Preise zusichert, als ihn die anderen Lieferanten gewähren, sondern durch welchen auch dem Bielefelder Konsumverein eine Umfahprovision zugesichert wird. Das ist doch eine eklatante finanzielle Förderung des „sozialdemokratischen“ Konsumvereins. Man sollte nun meinen, daß der Herr Generalsekretär der westfälischen Konservativen seinen eigenen Parteigenossen gegenüber mit seinen patriotischen Velleitungen nicht zurückhalten würde. Doch weit gefehlt. Hat sich doch die Mollerei durch diesen Vertrag für Jahre hinaus einen regelmäßigen Absatz gesichert. Natürlich wird der Herr Sekretär der Konservativen auch weiterhin gegen die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine heizen. Die konservativen Bauern der Bielefelder Mollerei werden freilich die Überzeugungstreue ihres Parteisekretärs nicht allzu ernst nehmen.

Kein Land der Welt verfügt über eine ähnlich vielgestaltige und erfolgreiche Genossenschaftsbewegung wie Deutschland. In Deutschland gab es im Jahre 1903 20 755 eingetragene Genossenschaften mit 3 139 519 Mitgliedern, im Jahre 1909 28 141 Genossenschaften mit 4 579 740 Mitgliedern. Der Genossenschaftsgedanke breitet sich immer mehr aus; auf 100 000 Personen der Zivilbevölkerung ganz Deutschlands entfielen 1903 rund 5400 Genossenschaftsmitglieder, 1909 etwa 7600, in Preußen 4800 bzw. 6800, in Bayern 5500 bzw. 8000, in Sachsen 5500 bzw. 7100, in Württemberg 9700 bzw. 13 400, in Baden 8800 bzw. 11 700, in Hessen 9000 bzw. 11 700, in den übrigen Bundesstaaten zusammen 5400 bzw. 7900. Die Genossenschaftsmitglieder sind der Mehrzahl nach Haushaltungsvorstände; rechnet man auf jeden solchen drei bis vier Angehörige und abhängige Haushaltungsmitglieder, so ergibt sich eine auf viele Millionen zu veranschlagende Bevölkerung, die an den Vorteilen der Genossenschaften teil hat. Genau läßt sich das nicht auf eine Ziffer bringen, weil eine nicht bekannte, aber nicht unerhebliche Zahl von Mitgliedern gleichzeitig an mehreren Genossenschaften beteiligt ist. Im „Dresdener Journal“, dem „königlich sächsischen Staatsanzeiger“ konservativer Observanz, wird dazu bemerkt: „Aus solchen Zahlen leuchtet die wirtschaftliche Macht der Genossenschaften hervor, wenn die Zahlen selbst auch nicht ein vollständiges Bild von ihrer Tätigkeit geben, da über viele Genossenschaften die wirtschaftsstatistischen Nachrichten fehlen. Im nationalen Wirtschaftsleben bilden die Genossenschaften eine sehr leistungsfähige und bedeutsame Unternehmungsform, die obendrein den Vorzug hat, daß sie im Sinne der Förderung der Volksethik arbeitet; denn nicht nur werden ihre Mitglieder zum gemeinsamen Arbeiten auf ein bestimmtes wirtschaftliches Ziel hin erzogen, auch die Leitung und Verwaltung der Unternehmungen geschieht zu einem großen Teile ehrenamtlich und im Geiste der Selbstverwaltung und wirkt in diesem Sinne auf weite Kreise erzieherisch.“ Das trifft besonders auch auf die Konsumvereine zu, und wir empfehlen daher dieses Urteil allen ihren Feinden.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß man die starke englische Konsumvereinsbewegung sehr zu unrecht als ein Muster und Vorbild politischer Neutralität hinstellt. Das hat sich auch auf dem letzten in diesem Sommer in Wedford abgehaltenen großbritannischen Genossenschaftstag wieder gezeigt. Ein besonderes parlamentarische Komitee der Genossenschaften hatte unter anderem auch Stellung genommen zu den englischen Parlamentswahlen. Darüber kam es nun auf dem Genossenschaftstag zu einer lebhaften Debatte. Einem Bericht darüber entnehmen wir folgendes: Ein Sheffielder Delegierter kritisierte die Arbeit des parlamentarischen Komitees als unzureichend. Es halte sich stets in der Defensive; um mehr zu erreichen, müsse man zum Angriff übergehen. In ähnlichem Sinne sprach ein Londoner Delegierter, der darauf hinwies, daß die großen Kapitalistenvereinigungen ihre Macht dazu benutzten, das Parlament zu beherrschen; die Genossenschafter müßten ebenfalls das politische Kampfmittel benützen. Wegen die Handlungsweise des parlamentarischen Komitees und gegen die parteipolitische Betätigung der Genossenschaften überhaupt sprach sich ein Herr Greening aus, der seit 55 Jahren in der genossenschaftlichen Bewegung steht. Er befürchtete die Spaltung der Genossenschaften, deren Mitglieder zu 40 Prozent der konservativen Partei angehörten. (1) Andere Redner nach ihm verlangten die direkte Vertretung der Genossenschaften im Parlament. Ein Sturm erhob sich, als Herr Maddison, der sich bei jeder Gelegenheit als antisozialistischer „Arbeitervertreter“ erklärt, einen Angriff auf die jüngeren, von sozialistischem Geiste besetzten Genossenschafter unternahm, die die politische Aktion befürworteten. In der mit lautem Beifall aufgenommenen Rechtfertigungsrede des Herrn May-London, Mitglied des parlamentarischen Komitees, führte dieser aus, bei den letzten

wie bei den vorhergehenden Wahlen habe das demokratische Selbstbestimmungsrecht auf dem Spiele gestanden. Dies zu verteidigen, liege im Interesse einer Bewegung, die von allen Bewegungen die demokratischste sei. Angesichts der politischen Macht der Trusts sei es notwendig, daß auch die Genossenschaften ihre Vertreter ins Parlament schickten. Der Vorsitzende schilderte in einer den Genossenschaftlern leicht verständlichen Weise das Elend der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die ihr innewohnenden Entwicklungstendenzen, und identifizierte schließlich in einer Weise, die keinen Zweifel aufkommen läßt, die Endziele der Genossenschaftsbewegung — als die er die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel bezeichnete — mit denen des Sozialismus. Ein Redner betonte, daß äußere wie innere Triebkräfte die Genossenschaftsbewegung zur politischen Betätigung trieben. Auch das Wochenblatt der Bewegung wirkt nach dieser Richtung: „The Cooperative News“ diskutiert wöchentlich Fragen der Arbeiterpolitik ganz in dem Sinne, wie es ein Organ der Arbeiterpartei tun würde. — Wenn die deutschen Überneutralitätspolitiker wieder einmal, wie sie es so gern tun, auf die blühenden englischen Konsumvereine zur Rechtfertigung ihrer Bestrebungen hinweisen, dann sollte man ihnen die Nase auf solche Vorgänge stoßen.

Nach Angaben des Internationalen Genossenschaftsbulletins gibt es zurzeit in sieben europäischen Ländern etwa 9127 Konsumvereine mit 5198600 Mitgliedern. Und zwar entfallen Vereine auf: Großbritannien 1450, Deutschland 2270, Frankreich 2636, Dänemark 1300, Schweiz 550, Belgien 391, Schweden 530. In der Mitgliederzahl steht Großbritannien oben mit 2469000 Mitgliedern; dann folgt Deutschland mit 1334400, in den anderen Ländern schwankt die Zahl zwischen 65400 (Schweden) und 762200 (Frankreich). Diese Zahlen, die natürlich auf absolute Genauigkeit nicht Anspruch machen, zeigen, daß in Großbritannien die Vereine weitaus die größte Mitgliederzahl haben. Im weiten Abstand davon folgt Deutschland, hierauf die Schweiz, dann Belgien, Frankreich, Schweden und Dänemark. Auch im Umsatz behauptet Großbritannien entschieden den ersten Rang. Seine Vereine setzen durchschnittlich nahezu eine Million Mark um. Im zweiten Rang stehen die deutschen und schweizerischen Konsumvereine mit Durchschnittsumfängen, die eine Viertelmillion Mark etwas übersteigen, beziehungsweise um ein wenig darunter bleiben. Belgien folgt mit einem Durchschnittsumsatz von nahezu 150000 Mk. pro Verein, während Frankreich, Schweden und Dänemark unter dem Durchschnittsumsatz von 100000 Mk. bleiben. Sogar die schwedischen Konsumvereine stehen um ein wenig noch über Frankreich, während die kleinsten Umsätze in Dänemark zu finden sind. Der Reihenfolge der Konsumvereinständer hinsichtlich des Durchschnittsumsatzes entspricht jedoch keineswegs in allen Teilen die des Durchschnittskonsums pro Mitglied. Zwar steht auch hier wieder Großbritannien mit 569,70 Mark Durchschnittsumsatz pro Mitglied erheblich voran. Schweden folgt aber schon mit 490,30 Mk. und Dänemark mit 404,20 Mk., die Schweiz mit 347,8 Mk. In Frankreich und Deutschland ist der Durchschnittskonsum der Mitglieder gleich groß (267 Mk.), wobei allerdings wieder zu berücksichtigen ist, daß der Verkauf an Nichtmitglieder in Frankreich eine große Rolle spielt, in Deutschland dagegen, schon infolge des gesetzlichen Verbots, nicht erfüllt. Am wenigsten intensiv beteiligen sich die belgischen organisierten Konsumenten am genossenschaftlichen Bezug von ihren Vereinen, zumal angenommen werden muß, daß der Umsatz auch noch durch Nichtmitglieder erhöht wird.

H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

I. K. Kongreß des Verbandes der Hausangestellten in Finnland. Der finnische Verband der Hausangestellten hielt seinen sechsten Kongreß vom 11. bis 14. August in Wiborg ab. Es waren 22 Organisationen durch 17 Delegierte vertreten. Den Hauptbestand des Verbandes bilden die Organisationen der städtischen Dienstboten, aber auch die Knechte der Fuhrherren, das Dienstpersional der Krankenhäuser und das bäuerliche Gesinde sind diesem angegliedert. Ein Hauptpunkt der Tagesordnung war die Regelung der Arbeit der Hausangestellten. Angesichts der Schwierigkeiten, die Arbeit im Haushalt gleich derjenigen in der Industrie zu regeln, während jedoch ganz willkürliche Arbeitsbedingungen zu unerträglichen Zuständen führen, empfahl der Kongreß allen Mitgliedern des Verbandes, einen schriftlichen Dienstvertrag abzuschließen, und arbeitete das Schema eines solchen Vertrags aus. Der Arbeitstag soll danach nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht über 9 Uhr abends

ausgedehnt werden. Innerhalb dieser Grenzen ist eine normale Arbeitszeit von zehn Stunden festzusetzen. Jede Arbeit nach 9 Uhr abends gilt als Nacharbeit und soll besonders vergütet werden, nicht unter 25 Pf. pro Stunde. Der Donnerstagnachmittag ist von 4 Uhr ab den Angestellten freizugeben, desgleichen der Sonntagnachmittag. Bei zwei und mehr Dienstboten soll die Sonntagsarbeit so geregelt werden, daß die Angestellten außer dem freien Nachmittag abwechselnd alle vierzehn Tage den ganzen Sonntag frei haben. Ebenso soll der Nachmittag des 1. Mai den Angestellten gehören, wie auch die Nachmittage der Wahltag. Hausangestellte, die mindestens sechs Monate bei einer Familie im Dienste stehen, sollen im Sommer vierzehn Tage Ferien erhalten bei vollem Lohn und täglich 1 Mk. Kostgeld, wenn freie Kost gewährt wurde. Die Hausangestellten haben Anspruch auf gesundheitliche, für beide Geschlechter getrennte Wohnräume, desgleichen auf gute, reichliche Kost. Von Dienenden wie Herrschaften soll eine Kündigungsfrist von vierzehn Tagen eingehalten werden.

Der Kongreß beschäftigte sich auch mit der mangelhaften Organisation des bäuerlichen Gesindes und kam zu der Auffassung, daß die Knechte und Mägde auf dem Lande mit der ländlichen Arbeiterschaft zusammenzufassen und zu organisieren seien. Es wurde darauf verwiesen, daß die Zahl der Dienenden stark zurückgeht, die sich für die Dauer eines Jahres verdingen, die Landwirte beschäftigen vornehmlich Tagelöhner und gegen Monatslohn eingestellte Arbeitskräfte. Arbeitsverhältnisse dieser Art empfahl auch der Kongreß und forderte die sozialdemokratische Partei und die Zentralfstelle der Gewerkschaften auf, die Agitations- und Organisationsarbeit unter dem ländlichen Proletariat energisch in die Hand zu nehmen und stets nachdrücklich dafür einzutreten, daß die Gesindeordnung aufgehoben würde und die Hausangestellten mit den übrigen Lohnarbeitern unter das gleiche Recht kämen. Die Organisationen ihrerseits sollen darauf achten, daß die Hausangestellten sich nicht durch Jahresverträge binden, sondern sich nur von Monat zu Monat verdingen, und zwar auf Grund des vom Kongreß ausgearbeiteten Vertrags.

Der Vertreter der Lohnkutscher beklagte den traurigen Umstand, daß nur ein Prozent seiner Berufsgenossen organisiert sei, ferner daß ihr Arbeitstag 12 bis 18 Stunden währe, ferner daß die Kutscher im Nachtdienst wissentlich der Unsitlichkeit Vorschub zu leisten gezwungen sind, weil sie die Herren der oberen Klassen in die Vorbelle fahren müssen. Da sie um so mehr Fahrgehd einnehmen, je williger sie den Wünschen der Herren nachkommen, so stehen sie gewissermaßen unter dem Zwange der Unsitlichkeit, dem sich auch die nicht entziehen können, die deren Schimpflichkeit empfinden. Der Kongreß beschloß, daß die Aufklärungsarbeit unter den Lohnkutschern besonders eifrig zu betreiben sei. Ferner sprach er sich dafür aus, daß alle Partei-, Gewerkschafts- und Jugendorganisationen aufzufordern sind, während der „Freiwoche“ ihr ganzes Können dafür einzusetzen, die Dienenden und Landarbeiter über ihre Lage aufzuklären und ihnen die Berechtigung der in ihrem Interesse zu erhebenden Forderungen begreiflich zu machen. Die „Freiwoche“ ist ein altfinnisches Gewohnheitsrecht. Danach haben die finnischen Landarbeiter eine Woche im Jahre frei, nämlich die erste Woche des neuen Dienstjahres, welches im März beginnt; in dieser Woche verrichten die Hausangestellten nur die allernotwendigsten Hausarbeiten. Der nächste Kongreß des Verbandes soll im April 1914 in Abo (finnisch Turussa) abgehalten werden, falls der Vorstand es nicht für angemessen hält, aus zwingenden Gründen die Tagung früher einzuberufen.

m.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens.

Der Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und Ausdehnung der Frauenarbeit wird durch die Reklame in der „Technischen Rundschau“ des „Berliner Tageblatts“ (Nr. 35 vom 30. August d. J.) anschaulich illustriert. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft zeigt dort einen elektrischen Längsnaht-Schweißapparat an, mit dem ein Mädchen in zehn Stunden 2400 Stück Eimer von circa 300 Millimeter Länge bei 0,28 Millimeter Blechstärke schweißt. Der Annonce ist ein Bild beigegeben, das eine saubere Arbeiterin an einer ziemlich großen Maschine inmitten von Bergen von Eimern zeigt. Wieviel die Arbeiterin bei einer zehnstündigen Tagesfron für das Schweißen der 2400 Eimer verdient, ist natürlich nicht angegeben, auch nicht, welcher Lohn vor der Einführung des Schweißapparats für die gleiche Leistung Männern gezahlt werden mußte, und um wieviel dank dem technischen Fortschritt und der billigen Frauenarbeit der

Unternehmergeinn gestiegen ist. Denn wem können bei dem Anblick der Melame nicht Eugen Richters berühmte Worte an einen Druckereibesitzer in die Ohren: „Stellen Sie doch Mädchen ein!“

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Die Arbeiterinnen im Vergoldergewerbe. Dieser Berufszweig ist nur in einer beschränkten Anzahl deutscher Orte vertreten. Trotzdem die Tätigkeit in dem Vergoldergewerbe an sich wenig für Frauen geeignet ist, werden solche in allen wichtigeren Orten des Gewerbes beschäftigt. Arbeiterinnen werden sowohl beim Schleifen, Grundieren und Polieren der Holzleisten, bei der schmutzigen Arbeit des Farbigmachens wie beim Versilbern und Vergolden verwendet. Daneben kann man aber vielfach die Erfahrung machen, daß die billige Frauenarbeit durch die noch billigere Jugendlöhner verdrängt wird. Eine Statistik, welche die Zentralkommission der Vergolder im Deutschen Holzarbeiterverband in diesem Jahre aufnahm, hat neben 3269 männlichen 501 weibliche und 347 jugendliche Arbeiter und 209 Lehrlinge erfasst. Weibliche Arbeitskräfte werden danach in größerer Zahl in Berlin, Guben, Hamburg-Altona, Köln, München und Pasing, Neubrandenburg und Mecklenburg und in Ulm beschäftigt. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 48 und 60 Wochenstunden. Der durchschnittliche Wochenverdienst beträgt bei den Arbeitern 28,19 M., bei den Arbeiterinnen 14,59 M. Bei den letzteren erreichen die höchsten Ortsdurchschnitte Altona mit 14,87 M., Strelitz mit 14,25 M., Köln mit 17,93 M. und Berlin mit 18,43 M. Den niedrigsten Lohn dagegen findet man in Meerane in Sachsen und in Lauterbach im Schwarzwald mit 9,55 bzw. 9,57 M. Mit Ausnahme von Berlin, wo aber die großen Entfernungen Ausgaben für Fahrgehalt bedingen, ist die Zahl der Arbeiterinnen mit über 15 M. Wochenverdienst nur eine geringe. nk.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Johanna Greie-Cramer †. Eine Trauerbotschaft nach der anderen erhalten die deutschen Genossinnen aus dem Ausland. In Elisabeth (Staat New York) ist im August die treue und erprobte Vorkämpferin des Sozialismus Johanna Greie-Cramer gestorben. Eine Deutsche, die von den Stürmen des Sozialistengesetzes über den Ozean getrieben wurde, nahm sie als teuerstes Gut aus der Heimat die sozialistische Heilslehre mit. Die wuchs, befestigte sich und befruchtete das schriftstellerische und rednerische Talent des jungen Weibes. Bald ging Genossin Greie-Cramer, in der sozialistischen Bewegung der Vereinigten Staaten arbeitend, führend voran und wurde die Begründerin der ersten zentralisierten sozialistischen Frauenorganisation. Mit dem gesprochenen Worte und der Feder hat sie dem weltumspannenden Ideal des Sozialismus treu gedient, bis schweres Leiden sie daniederwarf. Wir werden in der nächsten Nummer von dem Leben dieser Treuen und Tapferen mehr sagen, die es verdient hat, daß sie auch bei den deutschen Genossinnen unvergessen bleibt.

Frauenstimmrecht.

Das aktive und passive Wahlrecht für die Schulvorstände im Herzogtum Gotha haben die Lehrerinnen dort kürzlich durch eine Gesetzesvorlage erhalten, der der Landtag seine Zustimmung gegeben hat.

Eine Union der amerikanischen Suffragettes ist in den Vereinigten Staaten gegründet worden. Die neue Organisation will unabhängig von allen politischen Parteien bleiben, hat den Kampf für das Frauenwahlrecht als einziges Ziel auf ihre Fahne geschrieben und nimmt Männer wie Frauen als Mitglieder auf.

Ein Erfolg der Frauen bei den Gemeinderatswahlen in Seattle — einer bedeutenden Stadt im Staate Washington — wird gemeldet. Von neun Kandidaten, welche von den Frauen aufgestellt wurden, drangen acht durch. In der Stadt Tacoma des gleichen Staates soll die Wahlberechtigung der Frauen entscheidend dafür gewesen sein, daß der von ihnen als unwürdig erklärte Bürgermeister aus seinem Amte entfernt wurde.

Sittlichkeitsfrage.

Von der Pariser Sittenpolizei. Der berühmte Pariser Polizeipräsident Lépine hat sich vor dem Staatsrat eine schwere Niederlage geholt. Ein Règlement der Polizeipräfektur von 1878 bestimmte, daß die Eintragung von Frauen in die Prostituiertenliste durch den Bureauchef der Sittenpolizei angeordnet werden sollte. Erhob die Frau Einwände dagegen oder war sie minderjährig, so war die Entscheidung der Sittenkommission vorbehalten,

die aus einem Delegierten der Präfektur und zwei Polizeikommissären bestand. Gaststrafen über eingeschriebene Prostituierte, welche die sittenpolizeilichen Vorschriften nicht beachteten, wurden durch den Polizeipräsidenten auf Antrag des als Untersuchungskommissär fungierenden Bureauchefs verhängt. 1908 hatte nun Lépine eine Verordnung erlassen, die sowohl die Eintragung in die Liste wie die Bestrafung der Übertretungen einem administrativen Gericht übergab, das aus dem Präfekten oder seinem Delegierten und zwei ehemaligen Polizeikommissären oder zwei Präfekturbeamten als Beisitzern bestehen sollte. Gegen die Entscheidungen dieses Gerichtes war ein Rekurs an den Präfekten vorgesehen. Die von dem Polizeipräsidenten verfügte Neuordnung hatte mehrere Jahre Geltung. Schließlich aber hat der Staatsrat die Verordnung für ungesetzlich erklärt, da die Befugnis, eine rechtsprechende Behörde zu schaffen, nur der Gesetzgebung und nicht einem Verwaltungsorgan zukomme. Mit dieser Entscheidung ist allerdings wieder nur das Règlement von 1878 in Kraft gesetzt worden, das im Wesen auf die Ordnonnzen der Polizeileutnantschaft von 1684, 1713 und 1778 zurückgeht! In der Tat ist im Verfahren der Sittenpolizei von den Errungenschaften der Revolution nichts zu spüren. Die „Menschenrechte“, deren siebter Artikel sagt: „Niemand kann in anderen als in den vom Gesetz bestimmten Fällen und in anderen als den von diesem vorgeschriebenen Formen verhaftet und festgehalten werden,“ existieren für die unglücklichsten Opfer der bürgerlichen „Ordnung“ nicht. Im Jahre 1903 zum Beispiel sind nicht weniger als 13014 Frauen administrativ abgeurteilt und gefangen gesetzt worden! Die herrschenden Klassen aber lassen unbekümmert diese Schmach sich verewigen. Die „Gesellschaft“ huldigt den paar emporgelommenen Kurtisanen und wirft ihnen ungemessene, dem Proletariat abgepreßte Reichtümer in den Schoß; für die ungezählten Frauen, die in der Nacht des Glanzes, der Krankheit und des Verbrechens zugrunde gehen, hat sie kein Auge oder gar eine pharisäische Verachtung. o. p.

Verschiedenes.

Ueber die Bedeutung der Arbeit für die gesamte Kulturentwicklung schreibt Ulrich Wendt in seinem Werke „Die Technik als Kulturmacht in sozialer und in geistiger Beziehung“ folgende treffenden Worte: „Man kann getrost und gern sagen, daß für die Entwicklung der gesamten Kultur, der materiellen wie der geistigen, die Arbeit des Handwerkers und Fabrikarbeiters ebenso notwendig, ebenso wertvoll, ebenso produktiv und also auch ebenso edel ist wie die Arbeit des Gelehrten, der hinter seinen Büchern sitzt. Der Handwerker liefert die Anschauungen, der Gelehrte die Begriffe. Der scheinbar große Unterschied zwischen beider Tätigkeit liegt nur darin, daß der Gelehrte als einzelner die Abstraktionen zieht, zu welchen die Masse der Handarbeiter die Anschauungen gegeben hat.“ Der Verfasser des genannten Werkes war früher Leiter der Reichsdruckerei. Er ist seiner Auffassung nach nicht weniger als Sozialdemokrat. Aber die mitgeteilte Wirkung der Handarbeit deckt sich durchaus mit deren Wertschätzung durch den Sozialismus. Daher kämpft die Sozialdemokratie für die Befreiung jeder Arbeit, der Hand wie der Kopfarbeit; daher stellt sie die Arbeit in den Mittelpunkt der Volkserziehung, die sie verlangt. Es ist sicherlich gründliches Studium, vereinigt mit der praktischen Erfahrung eigener Berufsarbeit, was Ulrich Wendt zu seiner Anschauung von der Bedeutung der Handarbeit geführt hat. Sein Ausspruch ist einer jener Beweise dafür, daß ernstes Wissen und vorurteilsloses Denken heute zu Schlussfolgerungen führen müssen, wie sie der Sozialismus konsequent zieht und vertritt.

Berichtigung. Die Notiz in Nr. 24 „Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft in den schweizerischen Kleinbetrieben“ bedarf der Korrektur. Es ist leider nicht richtig, daß die sogenannten Ladentöchter gesetzlich geschützt sind. Ein Gesetz, das sie schützen sollte, wurde vor ungefähr einem Jahre in der Volksabstimmung verworfen. Zur richtigen Beurteilung der schweizerischen Verhältnisse sei hinzugefügt, daß die Züricher Inspektorin Fräulein Dr. Albrecht Inspektorin zur Durchführung des Arbeiterinnenschutzgesetzes und nicht des Fabrikgesetzes ist. Dem kantonalen Arbeiterinnenschutzgesetz unterstehen Betriebe, die zu wenig Personen beschäftigen, als daß sie unter das bundesstaatliche Fabrikgesetz fallen könnten. Zum Schlusse bitten wir noch, einen Druckfehler zu berichtigen. Es muß heißen: Postkinder (nicht Kostkinder). Die Bezeichnung stammt daher, daß die Kinder die Gänge zur Post usw. besorgen müssen.